

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: vierteljährlich 1,50 M., monatlich 1,00 M., wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,50 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 M., für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Besprechungen 50 Pf. „Kleine Anzeigen“, das istgedruckte Wort 20 Pf. (zweiwöchentlich 10 Pf. für die erste Woche, jedes weitere Wort 10 Pf. für die zweite Woche und -Schlusszeilen - je nach dem ersten Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonntag, den 18. Juni 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Volkswirtschaftliche und staatswirtschaftliche Steuerpolitik.

Von Ed. Bernstein.

Der Kampf um die Finanzaufbesserung des Herrn Helfferich ist vorüber. Mit neuen Steuern auf Verbrauch und Verbrauch, deren Jahresertrag auf 700 Millionen Mark geschätzt wird, und einer einmaligen Kriegsgewinnsteuer nebst Kriegsabgabe, die im Angesicht einer Kriegsschuld von 40 bis 50 Milliarden zusammen 1 bis 2 Milliarden einbringen sollen, schließt die Epoche Helfferich der deutschen Reichsfinanz ab. Siderlich kein glorreiches Ende. . . .

Als Herr Helfferich ins Amt eintrat, war freilich der Krieg schon im Gange und hatte die Aufbringung von dessen Kosten durch hochverzinsliche Anleihen schon ihren Anfang genommen. Insofern hat er nur fortgesetzt, was sein Vorgänger in der Verwaltung der Reichsfinanzen eingeleitet hatte. Aber er hat es fortgesetzt und gesteigert. . . . Helfferich hat das Interesse der Volkswirtschaft gegen das Interesse zurücktreten lassen, das er als das Staatsinteresse hinstellt. . . . Es liegt auf der Hand, daß der Staat als Ausdruck der zusammengefaßten Allgemeinheit der Nation und die jeweilige Politik des konkreten Staates etwas sehr verschiedenes sind und es sich sehr wohl fügen kann und in der Geschichte oft gefügt hat, daß das Interesse des ersteren die schärfste Gegnerin gegen die letztere nötig macht. Nicht zum wenigsten in der Bestimmung der Finanzwirtschaft und der Steuerfragen.

Von seiner ersten Rede als Schatzkanzler an ist Herr Helfferich nicht müde geworden, Vergleiche zwischen der deutschen Finanzpolitik und Finanzlage und den entsprechenden Verhältnissen im Lager der derzeitigen Gegner Deutschlands, insbesondere Englands, anzustellen, die natürlich jedesmal in ein Deutschland allen andern voran ausliefen. Er konnte sich daher nicht beschweren, als ihm in den Debatten über seine Steuervorlage von Rednern der Sozialdemokratie heider Richtungen die Tatsache vorgehalten wurde, daß England jedenfalls mit seinen Steuern auf Einkommen und Vermögen die Besteuerten viel stärker zu den öffentlichen Lasten heranzieht als es bei uns geschieht, daß das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern dort ein sehr viel günstigeres ist als bei uns, und daß man in England viel mehr als bei uns darauf bedacht ist, die Kriegskosten durch laufende Einnahmen aufzubringen statt sie durch Anleihen aufzubringen, die die Zukunft der Nation mit hohen Zinsen belasten. Die zunehmende Vereinzelt, die Herr Helfferich diesem Verhalten gegenüber an den Tag gelegt hat, verrät nur die innere Schwäche seiner Position, und die Einwände, die er ihnen gegenüber geltend gemacht hat, treffen den Kern der Sache nicht.

So hat Herr Helfferich in der Kommission Rednern der alten sozialdemokratischen Fraktion und in der Plenarsitzung vom 31. Mai meiner Person eine Aufzählung der indirekten Steuern entgegengesetzt, die England in diesem Krieg teils eingeführt und teils erhöht habe. Indes ist es keinem von uns eingefallen, die englische Steuerpolitik als fleckenlos zu rühmen. In der Ausführung läßt diese sehr vieles zu wünschen übrig, ist sie vor allem noch große Halbheit. Wenn also Herr Helfferich, um ihn selbst sprechen zu lassen, in der genannten Sitzung mir erzählte:

„Ich will aus der Liste, die ich mir während seiner Rede flüchtig angefertigt habe, ihm einige Beispiele anführen: Bier, hier handelt es sich um die Erhöhung bis auf etwa 12 Pf. pro Liter, Zucker, die Zuckersteuer ist vor einem Jahre auf das Fünffache erhöht worden“) und soll jetzt weiter erhöht werden, Tabak, Tee, der dort die Stelle des Kaffees vertritt, Kakao, Kaffee, Bichorie usw., getrocknetes Obst, Mineralwasser, Rindholz, Fahrkartensteuer und Erhöhung der Postabgaben, das ist eine Blütenlese, die Ihnen gefallen wird“ -

so konnte er damit bei seinen Bundesgenossen im Hause Eindrücke machen, uns Sozialdemokraten gegenüber traf er vollständig daneben. Was wir an der englischen Finanz- und Steuerpolitik als vorbildlich hinstellten, waren bestimmte Seiten ihrer Tendenz, nicht ihre derzeitige Gestalt in Wausch und Wogen. Gegen die haben wir vieles einzumenden, was jedoch kein Wunder ist, sintermalen die Politik Englands nicht von Sozialdemokraten sondern von bürgerlichen Parteien gemacht wird.

Welches aber sind die Seiten, die wir an der Steuerpolitik Englands - und es ist hinzuzufügen, auch an seiner Finanzpolitik - gutheißen? Zusammengefaßt können wir sie dahin bezeichnen, daß seit der Mitte des 19. Jahrhunderts Englands Steuerpolitik bestimmte feste Grundsätze in sich enthält: die ihrer Tendenz nach dem sozialdemokratischen Programm sich annähern und in der Praxis gerade in dessen Richtung weiter entwickelt worden sind. Seit Mitte des vorigen Jahrhunderts ist der Grundsatz in Englands Steuerpolitik festgehalten worden, die wichtigsten Nah-

rungsmittel des Volkes, also Fleisch und andere animalische Produkte, Getreide, Hülsenfrüchte usw. völlig steuerfrei zu lassen. Von diesem Grundsatz ist nur einmal vorübergehend und in geringerem Umfang abgewichen worden, sonst steht er unangetastet da, und im Angesicht dieser Tatsache erhält die Blütenlese, die Herr Helfferich verlas, einen vollständig anderen Charakter.

Gewiß, England besteuert noch immer den Verbrauch und hat jetzt die Verbrauchsabgaben erhöht. Aber der Grundsatz ist hierbei, nur das zur Not Entbehrliche und nicht das Notwendige zu besteuern, den mehr oder weniger als Luxus geltenden Genuß, nicht aber die unentbehrliche Nahrung zu bezollen. Gewiß kann man, einmal die Unterscheidung zugegeben, die Grenzen des Notwendigen immer noch zu eng ziehen und hat sie tatsächlich auch zu eng gezogen. Der Krieg hat hier hemmend in eine Entwicklung eingegriffen, die außerdem den Gang der Steuerpolitik Englands bisher bezeichnet hat. Nämlich als zweites die Tendenz, die direkten, Einkommen und Besitz treffenden Steuern zu erhöhen und die verbliebenen Verbrauchssteuern schrittweise herabzusetzen und schließlich ganz abzuschaffen. In welchem Maße dies geschehen ist, geht daraus hervor, daß während in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts noch mehr als drei Viertel des englischen Staatshaushalts durch indirekte Steuern und noch nicht ein Viertel durch Steuern auf Einkommen, Erbschaft und Besitz gedeckt wurden, im Jahre 1870 das Verhältnis immer noch 70 : 30 war, bis zur Jahrhundertwende das Verhältnis von 50 : 50 erreicht war. Als 1905/06 die liberal-radikale Regierung ans Ruder kam, stand es auf 49,7 : 50,3. Von da ab war die Entwicklung die folgende:

Geschäftsjahr	Prozentsatz der	
	indirekten Steuer	direkten Steuer
1907/08	48,9	51,1
1908/09	47,4	52,6
1909/10 *)	43,6	56,4
1911/12	42,7	57,3
1912/14	42,4	57,6

In dieser Zeit wurde die Leesteuer von 6 Pence auf 5 Pence das Pfund, die Zuckersteuer von 4¹/₂ Schilling auf 1¹/₂ Schilling den Zentner herabgesetzt und ebenso der Einfuhrzoll auf verarbeiteten Kakao ermäßigt, im ganzen die Last der indirekten Steuern um 96,6 Millionen Mark verringert.

Der Krieg hat diese Entwicklung, sagten wir oben, gehemmt. Es ist überhaupt interessant, an der Hand der Geschichte der englischen Steuerpolitik den schädigenden Einfluß des Krieges auf die Entwicklung der Steuer zu verfolgen. Auch die oben erwähnte Ausnahme von der Freilassung der Nahrungsmittel, nämlich die Erhebung einer statistischen Gebühr von 1 Schilling pro Quarter auf eingeführten Weizen, hatte einen Krieg - den Burenkrieg - zum Anlaß. Indes hat der englische Gesetzgeber auch jetzt wieder die Steuerkrone mit Bezug auf die Einkommen ziemlich scharf angezogen. Nach dem Budget für 1916/17 haben (mit Abzügen für Kinder, Lebensversicherung usw.) zu entrichten:

Einkommenshöhe	wenn d. Einkommen nur aus Erwerbstätigkeit stammt	Steuerbetrag	
		wenn d. Eink. nur aus Ver- sitz usw. stammt	wenn d. Einkommen halb aus Besitz u. halb aus Erwerb stammt
2 000	24,75	83	83
5 000	292,50	890	896,25
10 000	900,00	1 400	1 212,50
20 000	2 500,00	4 000	8 250,00
50 000	10 838,30	12 500	10 666,70

Von hier hört die Unterscheidung zwischen Besitz- u. Einkommen und Erwerbseinkommen auf, weil sie bei den ganz hohen Einkommen gegenstandslos wird. Dafür kommt zur Einkommensteuer, deren Satz auf 25 Prozent bleibt, noch eine Zuschlagsabgabe, die schließlich auch eine ansehnliche Höhe erreicht. Es haben zu zahlen:

Einkommen	Einkommensteuer	Zuschlagsabgabe	Gesamtsteuer
2 000	24,75	420	15 420
5 000	292,50	8 080	28 080
10 000	900,00	15 590	65 590
20 000	2 500,00	153 580	406 580
50 000	10 838,30	330 580	830 580

Herr Helfferich suchte den Eindruck der Tatsache, daß das englische Budget von 1916/17 gegen das Budget des Vorjahres um 6 Milliarden erhöht worden ist, durch die Bemerkung zu verwischen, in diesem Budget sei die Kriegsgewinnsteuer eingeschlossen, ziehe man diese ab, so sehe „die Sache immerhin etwas bescheidener aus“. Etwas, gewiß. Aber Herr Helfferich ist hier selbst etwas bescheiden. Den Vorschlag einer Einkommensteuer, die bei 100 000 Mark Einkommen schon 28 000 Mark beträgt, würde er im „reichen Deutschland“ wahrscheinlich ganz anders bezeichnen. Er hat gemeint, ein gutes Stück dieser Besteuerung in England seien „Zwangsanleihen ohne Rückzahlung“ und auf meinen Zuruf, das sei sehr gut, geantwortet:

„Verzeihen Sie, wenn ich auf einem andern Standpunkt stehe und glaube, daß ich im Interesse der Erhaltung unserer Volkswirtschaft für die Zeit nach dem Kriege auf einem andern Standpunkt stehen muß.“

*) Wegen des Konfliktes über das Budget von Lloyd George konnte die Steuer erst nach zwei Jahren erhoben werden.

Das kann nur einen Sinn haben, wenn damit gemeint ist, daß eine höhere direkte Steuer, als Herr Helfferich sie für zulässig erklärte, der deutschen Volkswirtschaft ernsthaften Schaden bereiten würde. Nun zieht aber das Reich seine Steuern nicht aus der Luft, sondern entnimmt sie wie England aus der Volkswirtschaft. Der Unterschied liegt nicht in der Menge der Steuer - über diesen Punkt ließe sich schließlich noch reden, und wollen wir bei anderer Gelegenheit reden - sondern in der Wahl der Gattung von Steuern und des Zeitpunktes der Erhebung. Die englische Finanzpolitik greift kräftig und schnell zur direkten Steuer, die deutsche Finanzpolitik faßt die direkte Steuer zaghaft an und verlegt sich dafür - von den indirekten Steuern abgesehen - mit besonderem Eifer auf die Anleihenwirtschaft. Eine sehr bequeme Staatswirtschaft. . . . Über alles mögliche andere als eine gute volkswirtschaftliche Steuer- und Finanzpolitik. Den sie belastet die kommenden Budgets mit hohen Zinsschulden und treibt den Zinsfuß auf unbestimmte Zeit in die Höhe.

Soll dem Verede „Erhaltung unserer Volkswirtschaft für die Zeit nach dem Kriege“ irgend welche Berechtigung zuerkannt werden, so muß bewiesen werden, daß es der deutschen Volkswirtschaft für die Zeit nach dem Kriege an Privatkapital zu mangeln droht. Nun weiß aber jeder Sachverständige, daß das Privatkapital während des Krieges nicht abgenommen hat oder auch nur stabil geblieben ist, sondern noch sehr erheblich zugenommen hat. Die Akkumulation (Anhäufung) des Kapitals und seine Konzentration sind durch den Krieg sehr gefördert worden. Herr Helfferich hat im Haushaltsausschuß selbst Tatsachen dafür angeführt. Gut die Hälfte der Kriegsausgaben haben sich, wie er triumphierend erklärt, wieder zu Vermögen verdichtet. Was die deutsche Volkswirtschaft bedroht, sind daher nicht Eingriffe in diese treibhausmäßige Akkumulation, die ja wie Figura zeigt, immer noch ihr einen weiten Spielraum lassen, sondern die Verteuerung der Kosten der Wirtschaft durch Steuern und Zinsenlasten und die geringere Rentabilität des nichtstehenden Kapitals eben durch die riesenhafte Vermehrung der Staatsschuldenlast mit hohem Zinsfuß.

Solange die kapitalistische Gesellschaft besteht, braucht sie, um zu gedeihen, mehr Unternehmungs- als Rentierskapital. Die Finanzpolitik der Helfferich läuft in der Praxis auf Schonung und Züchtung von Rentierskapital hinaus. Das muß aber zu gegebener Zeit die Verfügung der Volkswirtschaft über Unternehmungskapital ernsthaft beeinträchtigen. Es ist das Gegenteil wahrhaft volkswirtschaftlicher Finanzpolitik.

Demonstrationen gegen den Krieg.

Budapest, 17. Juni. (Z. U.) In Bukarest warfen Demonstrationen gegen den Krieg im „Uniberful“ und im „Aberul“ alle Fenster ein.

Der frühere englische Botschafter in Deutschland zur Friedensfrage.

Bern, 17. Juni. (B. L. B.) Ein englischer Journalist hatte Sir Edward Goschen auf einen in der „Neuen Zürcher Zeitung“ erschienenen Artikel zur Friedensfrage aufmerksam gemacht. Hierauf antwortete Goschen in der heutigen „Neuen Zürcher Zeitung“. Er sagte u. a.: Man kann sicher sein, daß das englische Volk so lange kein Friedensgerede dulden wird, bis die Aussicht auf Erreichung derjenigen Ziele besteht, um derenwillen Großbritannien in den Krieg zog, und daß jede britische Regierung, welche zur Zeit wagen würde, die Friedensfrage zu erörtern, sofort gestürzt würde. Diejenigen, welche glauben, daß Rückschlüsse den Willen zum Siege im englischen Volk abschwächen könnten, beweisen eine merkwürdige Verkennung dieses Volkes. Selbst wenn durch irgendein Wunder die letzten Kanonen, die letzten Gewehre der Entente verloren gingen, so wäre die Verbandsflotte noch immer imstande, den ganzen deutschen Ueberseehandel an der Wurzel zu treffen, so daß dieser an jeder Ausbreitung verhindert würde und Deutschland um mehr als ein halbes Jahrhundert in den Zustand eines bloßen Agrarstaates zurückgeworfen würde. Wenn das deutsche Volk und die Regierung sich einmal dieser Tatsache bewußt werden, und das wird geschehen, dann werden sie vielleicht geneigt sein, Friedensbedingungen vorzuschlagen, welche für die Verbandsmächte annehmbar sind. Solche Bedingungen müssen aber die von den Zentralmächten begangenen Fehler wieder gutmachen und Mittel zugefächeln, welche zum Wiederaufbau des von ihnen Zerstückelten nötig sind.

Friedensbedingungen.

Osag, 17. Juni. (Z. U.) Der „N. R. C.“ meldet aus London: „Daily News“ veröffentlicht einen langen Brief des bekannten Nationalökonomens Hobson, in dem er den Gedanken ausdrückt, eine Eingabe an die Regierung im ganzen Lande mit Unterschriften versehen zu lassen, in der darauf gedrungen wird, die erste beste Gelegenheit zu ergreifen, um Verhandlungen zum Zwecke eines gerechten und dauerhaften Friedens zu fördern. Hobson hofft, daß die Zentralmächte bereit sein werden, einen Frieden auf folgender Grundlage zu schließen: Aufgabe des eroberten Gebietes, Bezahlung einer Entschädigung an Belgien und das Angebot befriedigender Garantien gegen einen zukünftigen Angriff. Wahr-

schlechtlich, so sagt der Verleger der „N. N. C.“, wäre kein anderes Blatt bereit gewesen, diesen Brief zu veröffentlichen. „Daily News“ schreibt darüber einen Artikel, in dem sie an die Aeußerungen von Winston Churchill erinnert: „Ich werde nicht dulden, daß ein Druck auf uns ausgeübt wird, wodurch wir der Früchte des Sieges beraubt würden. . . Das Blatt schließt: Der Zeitpunkt eines dauerhaften Friedens wird solange nicht kommen, als die Verbrecher von den Früchten des Sieges sprechen. Sie sollen ihr Unrecht wieder gut machen und ihr Straßloz zugeben. Dann werden wir auf ein Terrain kommen, auf dem wir über die Wiedergang der Strafmaßnahmen reden können.“

Die Sinnlosigkeit des Handelskrieges.

Im „Berliner Tageblatt“ lesen wir: Wie dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London telegraphiert wird, widmet die „Westminster Gazette“ einen Leitartikel der Absicht, den deutschen Handel auszurotten, die anläßlich der Pariser Wirtschaftskonferenz geäußert wurde. „Man müsse sich erinnern“, sagt das Blatt, „daß auch in Deutschland derartige Absichten gegen England ausgeübt wurden. Wir wünschen alle, in den Handelskreisen des Feindes einzudringen, aber wir wünschen zu gleicher Zeit, daß er nicht in unseren Kreis eindringt. Wir fassen es als eine Beleidigung auf, wenn ein deutsches Blatt schreibt, Deutschland solle nach dem Kriege den englischen Handel boykottieren, aber es sei ein feiner Stich, wenn gesagt wird, daß wir den deutschen Handel ausschließen müssen. Wir sind uns nicht klar darüber, daß beide Verfahren ein und dasselbe sind. Wir können nicht verhindern, daß deutsche Waren nach England kommen, ohne auch zu verhindern, daß englische Güter nach Deutschland kommen. Wir können dem deutschen Händler keinen Schlag zufügen, ohne daß wir auch dem englischen Händler, der mit Deutschland handelt, einen Schlag zufügen.“

Die Angst vor der Friedensbewegung in England.

„Morning Post“ vom 3. Juni berichtet: Vor einigen Tagen kündigte eine radikale Zeitung die Abhaltung einer nationalen Arbeiterkonferenz an, die über die Lage der Arbeiterschaft unter dem Wehrpflichtgesetz sowie andere Kriegsmassnahmen beraten solle. Es wurde auch gemeldet, daß die nationalen Komitees in London haufenweise Resolutionen und Briefe erhalten hätten, in denen eine derartige Versammlung gefordert wird.

Tatsächlich hat die Kriegsfeindliche Gruppe der Arbeiterschaft seit einigen Wochen versucht, den nationalen Arbeiterführern ihren Willen aufzuzwingen. Ihre Provinzialverbände haben Abordnungen und Resolutionen nach London geschickt, um eine nationale Konferenz über das Wehrpflichtgesetz und über andere den Kriegsgegnern unliebsame Massnahmen zu erzwingen. Die Friedens- und Deutschfreunde glauben augenscheinlich einen Wehrheitsbeschluss gegen solche Massnahmen durchsetzen zu können, und rechnen auf die Annahme eines Beschlusses, der den Austritt der Arbeitervertreter aus der Regierung fordern soll.

Als man fühlte, daß die Resolutionen wahrscheinlich nicht die gewünschte Wirkung haben würden (!), beschloß man, Arbeiterversammlungen gegen die Wehrpflicht zu veranstalten. Diese Versammlungen waren vom „Nationalrat der Wehrpflichtgegner“ einberufen, das heißt also vom Verein für demokratische Kontrolle und der unabhängigen Arbeiterpartei. Auf diesen Versammlungen wurden Beschlüsse gefaßt, welche die sofortige Zurückziehung des Wehrpflichtgesetzes fordern und die Regierung anklagen, daß sie keine Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten beginne.

Man glaubt jetzt an die Möglichkeit eines Zustandekommens der erwähnten nationalen Konferenz, sowie daran, daß auf ihr Kriegsgegnerschaftliche Entschlüsse angenommen werden, und das Vertrauen hierauf macht die Partei der Kriegsgegner besonders erpicht auf die Abhaltung der Versammlung. Das bedeutet aber keineswegs, daß die britische Arbeiterschaft tatsächlich gegen den Krieg ist, aber durch Intrigen (!) wäre es möglich, ihr diesen Anschein zu geben.

Im eigenen Lande wird eine solche Versammlung nicht viel Schaden anrichten, doch hofft man, uns im neutralen Ausland schädigen und Mißverständnisse zwischen den Verbündeten hervorzurufen zu können. Solange man aber drauhen weiß, daß die Versammlung auf die Tätigkeit von Deutschlands Freunden (!) zurückzuführen ist, wird auch dort kein wirklicher Schaden angerichtet werden. Die einzigen Leute, die jetzt nach einer Versammlung schreiben, sind die Gründer der zahlreichen deutschfreundlichen Vereine, denen man immer noch gestattet, das Land zu verpesten. —

Es erübrigt sich wohl, im einzelnen auf die tendenziöse Aufmachung dieses Berichtes einzugehen, der es so darzustellen sucht, als ob unsere englischen Genossen erst jetzt, als Ergänzung zu ihrer angeblich mißglückten Kampagne für den Frieden, den Kampf gegen das Wehrpflichtgesetz aufgenommen hätten. Bei aller Fälschung des wirklichen Sachverhalts gibt das Blatt gegen seinen Willen den zunehmenden Umfang und Einfluß der Bewegung für den Frieden und gegen die Wehrpflicht zu. Daß es hierbei die Friedensfreunde und Wehrpflichtgegner als Agenten Deutschlands denunziert, mag zwar für das satte Bourgeoispublikum momentan eine Beruhigung sein, ist aber weder originell, noch geeignet, die um sich greifende Friedensbewegung in England aufzuhalten. (2)

Der französische Tagesbericht.

Paris, 16. Juni. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom Freitag nachmittag. Auf dem linken Ufer der Maas unternahmen die Deutschen in der Nacht mehrere Gegenangriffe gegen die Schützengräben an den Südhängen des „Lotez Mannes“, die gestern von den Franzosen genommen worden waren. Alle ihre Versuche scheiterten im Feuer. Die Gesamtsumme der an diesem Punkte gemachten deutschen Gefangenen beträgt hundertachtzig Mann, darunter fünf Offiziere. Auf dem rechten Ufer der Maas unternahmen die Deutschen gegen 6 Uhr abends eine mächtige Offensive gegen die Stellungen nördlich des Werkes von Thiaumont von der Höhe 321 bis zu den Zugängen zur Höhe 320. Das Feuer der französischen Maschinengewehre und Infanterie brach einmal um das andere alle ihre Angriffe und fügte ihnen große Verluste zu. Gegen zehn Uhr abends versuchten die Deutschen nach einer heftigen Beschleßung mit Granaten schweren Kalibers einen Angriff weiter östlich auf die französischen Schützengräben am südlichen Rande des Caillette-Waldes. Französisches Sperrfeuer hinderte sie daran, aus ihren Gräben hervorzubrechen. Ueberall sonst auf der Front war die Artillerie mit Unterbrechungen tätig.

Paris, 17. Juni. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom Freitag abend. Auf beiden Ufern der Maas im Laufe des Tages zeitweilige Tätigkeit der Artillerie, keine Infanterietätigkeit. Es bestätigt sich, daß unser auf die Südhänge des „Lotez

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 17. Juni 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein französischer Patrouillen-Angriff bei Veauve (nördlich der Aisne) wurde leicht abgewiesen.

Im Maasgebiet hielt sich die Artillerietätigkeit auf erheblicher Stärke und steigerte sich in den frühen Morgenstunden teilweise zu besonderer Heftigkeit.

In den Vogesen fügten wir nördöstlich von Celles durch eine Sprengung dem Gegner beträchtliche Verluste zu und schlugen westlich von Senheim eine kleinere feindliche Abteilung zurück, die vorübergehend in unseren Graben hatte eindringen können.

Die Fliegeretätigkeit war beiderseits rege. Unsere Geschwader belegten militärisch wichtige Ziele in Bergues (französisch Flandern), Bar-le-Duc, sowie im Raume Dom-Basle—Ginville—Lancville—Blainville ausgiebig mit Bomben.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei der Heeresgruppe Linsingen haben sich an dem Stoschob- und Styr-Abschnitte Kämpfe entwickelt. Teile der Armee des Generals Grafen v. Bothmer stehen nördlich von Przewola erneut im Gefecht.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Abgesehen von erfolgreichen Angriffen unserer Flieger auf feindliche Anlagen ist nichts Wesentliches zu berichten.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 17. Juni. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht 17. Juni:

Russischer Kriegsschauplatz.

Am Pruth keine besonderen Ereignisse. Nördlich von Riwizka scheiterte ein russischer Uebergangsvorstoß über den Dnjestr.

Die Angriffe des Feindes gegen die Stellungen westlich von Wisnowezh wiederholten sich in unverminderter Heftigkeit.

In Wolhynien wird an der Lipa im Raume von Lotacy und am Stoschob-Styr-Abschnitt neuerlich erbittert gekämpft.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Isonzofront setzte gestern abend wieder sehr lebhaftes feindliches Artilleriefeuer zwischen dem Meer und dem Monte Dei sei Bassi ein. Ein Angriff der Italiener von den Adria werken gegen unsere Stellung bei Bogani wurde abgewiesen. Auf dem Rücken südlich von Monsalcone kam es zu Mienen- und Handgranatenkämpfen. Im Nordabschnitt der Isonzofront scheiterte ein feindlicher Angriff auf den Arzili Br. Ebenso erfolglos blieben die andauernden Anstrengungen der Italiener gegen unsere Dolomitenstellungen. Gestern brachen dort Angriffe bei Ruffreda und vor der Grobe bei Ancona zusammen.

Das gleiche Schicksal hatten starke Vorstöße des Feindes aus dem Raume von Primolano gegen unsere Stellungen beim Grenzsee und gegen den Monte Meletta. Auch an unserer Front südwestlich Asiago wurde ein Angriff beträchtlicher italienischer Kräfte abge schlagen. In diesem Raume fielen 13 italienische Offiziere, 354 Mann und fünf Maschinengewehre in unsere Hände.

Südbölicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Quefer, Feldmarschalleutnant.

Wannes* ausgeführter Angriff uns zu Derrn der Gräben des Gegners auf einer Front von ungefähr einem Kilometer machte. Alle Versuche des Feindes, uns daraus zu vertreiben, scheiterten völlig. Die Gefangenenzahl stieg auf mehr als zweihundert, darunter sechs Offiziere. Es ist kein wichtiges Ereignis von der übrigen Front zu melden.

Belgischer Bericht: Die südliche Artillerietätigkeit an der Front der belgischen Armee, wo die Beschleßung in Gegend von Dignauide ziemlich heftig war.

Kampffandlungen der Orientarmee vom 1. bis 15. Juni. In der Gegend des Bardar und des Doiransees waren die beiden Artillerien in den letzten 14 Tagen sehr tätig. Die Beschleßung war heftig am 4., 8., 10. und 16. Juni. Es hat dort keine wichtige Infanterietätigkeit stattgefunden. Im bergigen Abschnitt des Bardar fanden einige Patrouillengefächte statt. An der Struma verlagerten sich die Bulgaren flüchtig in der Gegend des Forts Kupel, ohne weiter auf griechisches Gebiet vorzurücken. Die Fliegeretätigkeit des Feindes war während dieser vierzehn Tage nur gering. Wir belegten Lager und Anlagen des Feindes in Petrio, Genshell, Jilip und Madovista am 7., diejenigen des Forts Kupel am 11. und diejenigen von Petrio und Strumiga am 14. mit Bomben. Am 8. Juni wurde der Belagerungszustand über Saloniki erklärt. Seine Durchführung veranlaßte keinen Zwischenfall.

Die englische Meldung.

London, 16. Juni. (W. Z. B.) Britischer Kriegsbericht. Letzte Nacht brachten wir bei den Steinbrüchen von Eruche und bei Guinch mit Erfolg Mienen zur Explosion. Eine deutsche Mine explodierte bei Ovidenah, richtete aber keinen Schaden an. Heute zeigte die feindliche Artillerie nördlich vom Kanal La Wasse und im Vorsprung von Loos mehr als die gewöhnliche Tätigkeit. Am Nachmittag wurden unsere Schützengräben östlich von Billebets kurze Zeit stark beschossen.

Zum Fliegerangriff auf Bar le Duc.

Berlin, 17. Juni. (W. Z. B.) In dem Fliegerangriff auf Bar le Duc wird uns aus dem Großen Hauptquartier geschrieben: Als schon vor einiger Zeit Bar le Duc, der Eisenbahnknotenpunkt sowie Stappenzentrum der französischen Armee von Verdun, erfolgreich angegriffen wurde, besetzte man sich auf französischer Seite darüber mit der Begründung, Bar le Duc sei eine offene Stadt. Dabei wurde aber nicht erwähnt, daß französische Flieger vorher oft, obgleich ohne Erfolg, offene französische Städte in deutschem Besitz, denen die obengenannten Eigenschaften nicht zukommen, z. B. Bouziers, Charleville und Rezières, mit Bomben angegriffen hatten.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 17. Juni. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 16. Juni.

Westfront: Der Kampf der Armee südlich der Polsehe nimmt seinen Fortgang. Unsere Truppen fügten dem Feinde bei den Kämpfen schwere Verluste zu. Folgende Meldungen über Kampfeinzelheiten in mehreren Abschnitten sind eingelaufen: In der Gegend west-südwestlich von Luc bestand unsere Kavallerie auf der Verfolgung des Feindes mehrmals erfolgreiche Kämpfe. Nordwestlich von Arzenienec warfen unsere Abteilungen, zu den tapferen Truppen des Generals Sacharow gehörig, nach erbittertem Kampf den Feind in energischem Stoß aus seinen besetzten Stellungen zwischen Kozin und Larnowka (drei Kilometer südöstlich Kozin) an der Plasgetwa. Eines unserer jungen Regimenter, geführt von dem Oberst Tatarow, überschritt nach heftigem Kampf den Bach bis an das Rinn im Wasser; eine Kompanie geriet in eine tiefe Stelle und versank. Die Tapferkeit von Soldaten und Offizieren zwang den Feind zur Flucht, wir erbeuteten zwei Geschütze, viele Maschinengewehre, Tausende von Gewehren und Patronen sowie riesige Drahtborste.

Unsere Infanterie bemächtigte sich, durch Artillerie mächtig unterstützt, in heftigem Angriff des Waldes von Nostoli (10,5 Kilometer) südlich von Nowo Poczajew. Es wurden Gefangene gemacht und Maschinengewehre sowie Bombenwerfer erbeutet.

Infolge der heftigsten Angriffe der Truppen des Generals Scherbatschew räumten die Oesterreicher gestern die Stellungen in der Gegend von Hajworonka und Gnilowody (8,5 Kilometer südwestlich Hajworonka) auf dem westlichen Ufer der Strypa nordwestlich Ruzozec. Der Kampf mit den Oesterreichern und den deutschen Unterstützungstruppen dauert an. Ein feindlicher Flieger warf über Larnopol Bomben ab.

Nordwestfront: An der Düna und weiter südlich bis zur Polsehe Infanterie- und Artilleriefeuer. Unsere Artillerie beschloß gestern heftig die feindlichen Stellungen in der Gegend von Dinaburg. In mehreren Abschnitten unternommene Angriffsversuche des Feindes brachen sämtlich in unserem Feuer zusammen.

Kaukasus: Im Astenabschnitt griffen die Türken wiederholt an, sie wurden durch unser Feuer abgewiesen. Am 14. Juni griffen die Türken aus der Richtung Wagdad an und besetzten die Stadt Sarpaol (41 Kilometer östlich Kaja-Schirin), sie wurden jedoch von unseren Truppen wieder herausgeworfen und gezwungen, in ihre Ausgangsstellungen zurückzugehen.

Der Einfall der Russen in Rumänien.

Budapest, 16. Juni. (W. Z. B.) „A. G. E.“ gibt zu der Nachricht, daß die rumänische Regierung zur Untersuchung des Zwischenfalls von Ramornia einen Aufschuß eingeleitet habe, eine eingehende Schilderung des Einfalles der Russen. Dieser fand Sonnabend nacht statt. Die Russen haben nicht, wie anfangs gemeldet wurde, bloß einige Stunden lang, sondern bis zum Montag abend dort verweilt. Sie haben Schützengräben aufgeworfen, das Postgebäude der Grenzpostzeitung, Post- und Telegraphenamt, Gemeindefeuer und Schulgebäude besetzt und von dort einen heftigen Kampf gegen die österreichisch-ungarischen Truppen eröffnet. Es wurden auch mehrere rumänische Staatsbürger verwundet. Der Einfall der Russen in rumänisches Gebiet geschah folgendermaßen: Die Russen schlugen eine Brücke über den Pruth und griffen österreichisch-ungarische Truppen an. Als sie zurückgeschlagen wurden, konnten sie die Pruthbrücke nicht mehr benutzen und traten auf rumänisches Gebiet über, von wo aus sie den Kampf gegen den Feind fortsetzten und auch Verstärkungen heranzogen. Montag abend räumten die Russen, wahrscheinlich auf höhere Weisung, das rumänische Gebiet.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 16. Juni. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht. Zwischen Triest und Vercina machte der Gegner noch vergebliche und blutige Anstrengungen, um unseren Widerstand zu brechen, der von jetzt ab längs der ganzen Front kräftig behauptet wird. Im Lagersinnale griffen in der Nacht zum 16. Juni starke feindliche Kräfte übertrahend unsere Stellungen bei Serravalle und di Cont Jugna an. Nach dreistündigem wütendem Handgemenge wurden die feindlichen Kolonnen in die Flucht geschlagen und von dem genauen Feind unserer Artillerie verfolgt. Auf der Front Wofina—Rinac beschränkte sich der Feind gestern noch einem nächtlichen Angriffsversuch in der Gegend von Campiglia auf eine kräftige Beschleßung, auf die unsere Batterien antworteten. Auf der Höhe von Saligen griffen auf 18 Bataillone geschützte feindliche Massen nach einer heftigen Artillerievorbereitung mehrmals unsere Front vom Monte Rau bis zum Monte Zemerle an, wobei sie auf den Flügeln nur ein Scheingefecht führten und die Entschleßung im Zentrum suchten. Die türkischen Angriffe der Infanterie des Feindes, die er zuvor durch Artilleriefeuer zu verhüllen und zu decken getrachtet hatte, brachen sich jedesmal an unseren Linien, vor denen der Gegner Haufen von Leichen zurückließ. Einer unserer geschickten Gegenangriffe am Monte Zemerle brachte uns Gefangene und ein Maschinengewehr ein. Im Verlauf dieser Kämpfe nahmen wir dem Feinde 254 Gefangene ab. Längs des übrigen Teiles der Front bis zum Meer hat sich kein wichtiges Ereignis zugetragen. Cadorna.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 16. Juni. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht.

An der Front nichts von Bedeutung. An der Kaukasusfront keine Veränderung auf dem rechten Flügel und in der Mitte. Auf dem linken Flügel schlugen wir durch einen Gegenangriff den Angriff eines feindlichen Bataillons gegen eine unserer vorgeschobenen Stellungen zurück. Durch unser Feuer verjagten wir zwei Flugzeuge und zwei Torpedoboote, die sich Seddul Bahr zu nähern versuchten. In den Gewässern von Smyrna beschossen einige feindliche Fahrzeuge wirkungslos einige Punkte der Küste. Unsere Artillerie antwortete ihnen. Der Feind, der sich seit einiger Zeit auf der Insel Keuken festgesetzt hatte und von da aus die benachbarte Küste angriff, wurde in den letzten Tagen genötigt, die Insel zu räumen, da er sie unter dem wirksamen Feuer unserer Artillerie nicht halten konnte. Am 13. Juni warfen zwei feindliche Flieger ohne Erfolg einige Bomben auf El Arisch; sie wurden durch einen Angriff unserer Kampfflugzeuge nach Luftkampf vertrieben. Andere unserer Kampfflugzeuge erwiderten den feindlichen Angriff, warfen wirkungsvolle Bomben auf den feindlichen Flugplatz und griffen ihn mit Maschinengewehrfeuer an; sie kehrten darauf unverfehrt zurück.

Die Opfer des Luftangriffs auf Smyrna.

Konstantinopel, 16. Juni. (W. Z. B.) Nach ausführlicheren Berichten der Blätter aus Smyrna sind bei dem Luftbombardement am 11. Juni eine Griechin und zwei Armenierinnen getötet worden. 24 Personen, davon einige Kinder im zartesten Alter, wurden schwer, 10 leicht verwundet. Zwei von den Verletzten sind inzwischen gestorben. Ferner wurden ein großes Gebäude und zwölf Häuser vollständig zerstört und mehrere beschädigt, darunter die armenische Mädchenschule. Die heimgesuchten Viertel bieten einen schrecklichen Anblick. Die Blätter berichten mit tiefer Entrüstung den Angriff auf bewohnte Stadtteile.

Kämpfe in Mesopotamien.

London, 16. Juni. (W. Z. V.) Das Kriegsamt teilt mit: Keine Aenderung der Lage in Mesopotamien. Am Nordufer des Tigris bei Kut sind die britischen Schützengräben bis auf zweihundert Yards von der türkischen Stellung bei Sannaihat vorgehoben worden. Auf dem Südufer besetzten die Engländer eine vorgehobene Stellung bei Jmami Mansura, 3 1/2 Meilen südlich von Ragais. Von der Euphratlinie wird kein Kampf gemeldet mit Ausnahme einer kleinen erfolgreichen Strafexpedition gegen Araber, die in der Nacht vom 14. zum 15. Juni die Telegraphendrähte nördlich des Damarlees durchschnitten hatten. Die britische Kavallerie überfiel den feindlichen Araberstamm und erbeutete 200 Wagenladungen Getreide und eine Anzahl Schafe. Auf dem Tigris wurden durch türkische Artilleriefeuer drei Dörfer zerstört. Diese Zwischenfälle bilden offenbar die Grundlage, auf der der auf Einbildungen beruhende türkische amtliche Bericht vom 15. Juni aufgebaut wurde.

Die Kämpfe an der mazedonischen Front.

Amsterdam, 17. Juni. (W. Z. V.) Einem hiesigen Blatt zufolge berichtet die „Times“ aus Saloniki: Der Feind richtete heute ein heftiges Artilleriefeuer auf unsere Stellungen. An einer Stelle fielen im Laufe des Tages 200 Granaten nieder. In Saloniki sind noch keine Demobilisierungsbefehle aus Athen eingetroffen.

Die griechische Blockade.

Athen, 17. Juni. (Z. U.) Fast alle Inseln und Häfen Griechenlands unterliegen der Absperrung. Nach Nilos wurden 22 Dampfer mit 1800 Passagieren eingebracht. Die Passagiere werden nach und nach an ihren Bestimmungsort befördert. Die Dampfer, die hiermit betraut sind, müssen sich verpflichten, an ihren Bestimmungsort zurückzukehren und werden von dort nach Viterbo gebracht zur Abholung von 20000 serbischen Soldaten für Saloniki. Im ganzen sollen bisher gegen 70 Dampfer festgehalten worden sein. Der Verkehrs- und Postverkehr nach allen Teilen Griechenlands ist unterbrochen.

Bern, 17. Juni. (W. Z. V.) „Corriere della Sera“ wird aus Athen berichtet, daß keine griechischen Dampfer von Piräus abgehen, da die griechischen Schiffsahrtsgesellschaften auf Vorstellungen bei der französischen und der englischen Gesandtschaft die Antwort erhielten, daß die Frage der Beschlagnahme ausfahrender Dampfer von den Befehlshabern der Flotten der Alliierten abhängt. Die nach Italien bestimmte Post soll nächstens auf einem griechischen Torpedoboot befördert werden.

Zum Untergang des Hilfschiffs „Hermann“.

Swinemünde, 17. Juni. (W. Z. V.) Vorgestern Nacht wurden vier zwölftausend Tonne geladene, Seelente, die an Bord des Hilfschiffs „Hermann“ an der schwedischen Küste den Tod gefunden hatten. Elf von ihnen werden heute auf dem hiesigen Friedhof beigesetzt, die beiden anderen werden in ihre Heimat übergeführt.

Untergang eines englischen Zerstörers.

London, 17. Juni. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Zerstörer „Eden“ hatte letzte Nacht im Kanal einen Zusammenstoß und sank. 81 Mann wurden gerettet, der Kapitän und zwei andere Offiziere werden vermisst.

Vom U-Bootkrieg.

Kristiania, 17. Juni. (W. Z. V.) Meldung des norwegischen Telegramm-Bureaus. Das auswärtige Amt teilt ein Telegramm des Konsuls in Algier mit, wonach die ganze Besatzung des norwegischen Dampfers „Rauma“, der am 30. Mai torpediert worden ist und von dem nach früherer Meldung fünf Mann ertrunken sein sollten, gerettet ist.

Paris, 17. Juni. (W. Z. V.) „Petit Journal“ meldet aus Palermo, daß durch das Geschützfeuer eines Tauchbootes ein italienischer Dampfer nördlich von Palermo versenkt worden ist. Am gleichen Tage wurde auf der Höhe der Insel Mica (?) ein großer italienischer Segler versenkt, dessen Besatzung gerettet ist.

Beschlagnahme Kaffeeschiffe.

Kopenhagen, 17. Juni. (W. Z. V.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Malmd: Fünf große Dampfer der schwedischen Johnsonlinie, die mit Kaffee von Südamerika unterwegs waren, sind in der letzten Zeit von den Engländern beschlagnahmt worden. Heute ist die telegraphische Mitteilung eingelaufen, daß auch der Dampfer „Kronprinzessin Margarete“ mit 50000 Sad Kaffee in Riswall eingebracht worden ist.

Die Engländer behaupten, daß die Kaffeeabgaben zur Ausfuhr nach Deutschland nach dem Kriege bestimmt seien. In Schweden herrscht Kaffeemangel.

Die Lage in Deutsch-Ostafrika.

London, 16. Juni. (W. Z. V.) Amtlich. Eine der Kolonnen des Generals Smuts ist nahe Ndandi (Endpunkt der Zweigbahn von Rombo) angelangt, wo starke deutsche Kräfte verschanzt sind. Eine andere Kolonne, die entlang der Tangabahn vordrang, hat die wichtige Station Korogwe besetzt. Die Briten besetzten Ukerewe am Viktoriasee.

Eine vielsagende Richtigstellung.

Budapest, 17. Juni. (W. Z. V.) Zur Richtigstellung seines Berichtes über die Rede des Ministerpräsidenten Grafen Tisza am Donnerstag, den 15. Juni, teilt das ungarische Telegraphische Korrespondenzbureau mit, daß Graf Tisza in seiner Bemerkung über Polen gesagt habe: Alle Faktoren der Monarchie sind bestrebt, daß die Regelung der polnischen Frage den Wünschen und Lebensinteressen des polnischen Volkes in unlich weitgehendem Maße Rechnung trage.

Schwierigkeiten bei der Neubildung des italienischen Ministeriums.

Bern, 17. Juni. (W. Z. V.) Nach den Mailänder Morgenblättern ist die Ministerkrise noch nicht gelöst, da sich bei der Zusammensetzung des neuen Kabinetts weitere Schwierigkeiten zeigten. „Secolo“ schreibt, Bosselli habe im Einverständnis mit Visconti die Absicht, den Auftrag der Bildung eines Kabinetts wieder abzulehnen. „Corriere d'Italia“ meldet, Carcano habe Einwürfe wegen der Verteilung einiger Postseuilles sowie wegen der Auswahl einiger Ministerkandidaten gemacht. „Secolo“ berichtet aus Rom über mehrfache Besprechungen wegen Neubildung des Kabinetts. Die römischen Morgenblätter zählen die gestern aufgetauchten Schwierigkeiten auf. „Messaggero“ erwähnt die politischen Kreise, sich in Uneigennützigkeit zu übertreffen und erforderlichenfalls das persönliche Opfer des Beiseitstehens zu bringen.

Das Ergebnis der Pariser Wirtschaftskonferenz.

Paris, 17. Juni. (W. Z. V.) „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, die Erörterung auf der Wirtschaftskonferenz der Alliierten habe zu einer grundsätzlichen Verständigung geführt; bindende Abmachungen werden den Gegenstand von Erörterungen zwischen den Regierungen und Parlamenten der verschiedenen Länder bilden. Man zweifelt nicht mehr daran, daß die gemeinsame Politik der Alliierten ein dreifaches Ziel im Auge hat: durch neue Maßnahmen das schon bestehende Verbot jeden Handels zwischen Angehörigen der alliierten Mächte und Angehörigen der feindlichen Verbündeten völlig wirksam zu machen, durch reichlichen Austausch von Arbeitskräften, Kapital, Werkzeugen und Rohstoffen von jetzt ab für die Wiederherstellung der Industrie in den Gegenden zu sorgen, die durch den Krieg gelitten haben, und die vor dem Kriege bestehenden Handelsverträge völlig zu ändern. Es werden Maßnahmen gegen Gefahren in der Zeit zwischen der Einstellung der Feindseligkeiten und der Unterzeichnung der Friedensverträge ergriffen; sie sollen die Märkte vor der Ueberschwemmung mit Waren aus den großen Vorräten der Mittelmächte schützen.

Parlamentarische Kontrolle der Militärbefehlshaber.

Paris, 17. Juni. (W. Z. V.) Die Abgeordneten Connetot und Dechages haben in der Kammer einen Beschlußantrag eingebracht, in dem die Regierung aufgefordert wird, die dringenden nötigen Maßnahmen zu treffen, um die Verantwortlichkeit der militärischen Führer aller Rangstufen tatsächlich wirksam zu machen, je nach Bedeutung des betreffenden Kommandos, um das Parlament instand zu setzen, jederzeit die Anwendung dieser Maßnahmen zu prüfen.

Frauenarbeit.

Der Kongreß des Gewerkschaftsverbandes der Seine (Frankreich) hat folgende Forderungen gestellt:

1. Strengste Anwendung der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen. Gehalt neuer Bestimmungen, soweit sie die gegenwärtigen Verhältnisse erfordern, durch das Parlament.
2. Dreischichtenwechsel in den Kriegswerkstätten.
3. Zusicherung der für die Frauenarbeit unerlässlichen hygienischen Vorkehrungen.
4. Ausmerzung aller Frauen von Arbeiten, die mit der physischen Konstitution der Frau unvereinbar sind.
5. Es sollen Maßregeln getroffen werden, damit die Frauenlöhne keine Verminderung durch Lagen erfahren.
6. Für die Industriellen soll der gleiche Grundsatz gelten, den die englischen Industriellen anwenden: „Der Lohn für eine bestimmte Arbeit soll absolut unabhängig sein vom Geschlecht des Individuums, das diese Arbeit leistet.“

Die Nationalitätenfrage in der Duma.

Kopenhagen, 16. Juni. (W. Z. V.) Die heute eingetroffenen Petersburger Zeitungen vom 9. bis 11. Juni enthalten als unter den politischen Vorgängen einzig Interessantes eine Erörterung der Nationalitätenfrage in der Sitzung des Senatorenkonvents in der Reichsduma. Zuerst wurde ein Antrag der Fraktion der rechtsstehenden Nationalisten auf Ausschließung des polnischen Reichsdumabeherrschenden Dempski, welcher das bekannte, an Präsident Wilson gerichtete Memorandum des Organisationsausschusses der von Rußland unterdrückten kleinen Nationalitäten mit unterschrieben, verlesen. Der Antrag wird folgendermaßen begründet: In diesem Memorandum wird darüber Klage geführt, daß die russische Regierung alle Nationalitäten sehr hart behandelt, und dagegen wird die Hilfe des Präsidenten der Vereinigten Staaten angerufen. Das Memorandum wurde auch von dem Reichsdumamitglied Dempski unterschrieben, der es bei der Nämung Warschaws vorgelesen hatte, dort zu bleiben. Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß Dempski dort Agitation gegen Rußland treibt. Aber schon die Tatsache, daß er das genannte Memorandum unterschrieb, sollte genügen, um Dempski seines Mandates verlustig zu erklären. Die Fraktion der rechtsstehenden Nationalisten schlägt daher vor, einen Antrag auf Ausschließung Dempski's der Spezialkommission für Personenverhältnisse der Reichsduma zur Beratung zu überantworten.

Der Antrag war der Ausgangspunkt einer eingehenden Debatte. Der polnische Abgeordnete Graf Rutkammer erklärte: Das polnische Kolo in der Reichsduma schloß Dempski noch im September vorigen Jahres aus dem Kolo aus, da er alle Beziehungen zu dem Kolo abgebrochen und das Kolo seit Jahresfrist nichts von ihm gehört hat. Der Präsident der Reichsduma Rodsjanko führte aus, er besitze keine Handhabe dafür, die Tatsache der Nichtwirkung Dempski's an dieser Aktion zu untersuchen. Zeitungsmeldungen von der Ueberreichung des Memorandums und der Unterschrift Dempski's seien sehr schwer auf ihre Wahrscheinlichkeit zu prüfen. Rodsjanko selbst mißt dem Memorandum keinerlei Bedeutung bei, weil dessen Inhalt keineswegs die Ueberzeugungen der in Rußland lebenden kleinen Nationalitäten widerspiegeln. Die wahren Anschauungen dieser Nationalitäten seien oft von ihren offiziellen Vertretern von der Tribüne der Reichsduma aus ausgesprochen worden, es bestehe kein Zweifel, daß alle Nationalitäten sich mit dem großen russischen Volke einig fühlen. Der Vertreter der muslimischen Fraktion Zewlejew gab die Erklärung ab, obwohl das Memorandum an Wilson auch von einem Muslimen unterschrieben worden sei, sei es muslimantische Gruppe an dieser Aktion beteiligt sei. Der Führer der Arbeiterpartei Keren'ski, der nach langer Krankheitspause wieder in der Reichsduma erschienen war, meinte, die Ueberreichung eines solchen Memorandums sei jedenfalls sehr symptomatisch; man solle diese Tatsache nicht ignorieren, weil sie einen Beweis mehr dafür erbringe, wie abnormal die Lage der kleinen Nationalitäten in Rußland sei. Die Reichsduma sollte die Nationalitätenfragen auf die Tagesordnung stellen. Sie seien nicht minder wichtig als die vom fortschrittlichen Block auf die Tagesordnung gesetzte Reform der Städteordnung und der Semstwo. Alle Nationalitäten müßten in ihren Rechten dem russischen Volke gleich gestellt werden. Der sozialdemokratische Abgeordnete Tschenkeli sagte in betreff des Memorandums an Wilson: Es müsse der falsche Weg und der veraltete Kern scharf auseinandergehalten werden. Er als Vertreter des russischen Volkes halte es für unzulässig, daß irgendeine im russischen Reiche lebende Nationalität sich an die Regierung eines anderen Staates wende. Die Grupper seien überzeugt, daß sie ihre Rechte zugleich mit dem gesamten russischen Volke durch den Sieg der russischen Demokratie erhalten werden. Dennoch sei die Tatsache an sich sehr symptomatisch. Es kamen dann noch mehrere Redner zu Wort, die sich gegen eine weitere Erörterung der Angelegenheit aussprachen, weil erstens dem Antrage der Nationalisten keine bewiesenen Tatsachen zugrunde liegen und andererseits die Reichsduma überhaupt keine rechtliche Handhabe besitze, einen Abgeordneten wegen seiner politischen Ueberzeugungen aus ihrer Mitte auszuschließen. Der Antrag der rechtsstehenden Nationalisten wurde verworfen.

Das Wahlprogramm der Demokraten.

St. Louis, 16. Juni. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der demokratische Konvent hat ein Wahlprogramm angenommen, das jede Organisation, die auf die Förderung der Interessen einer fremden Macht

durch Einschüchterung der Regierung, der politischen Parteien oder der Volksvertreter abzielt, als für die nationale Einheit schädlich verurteilt. Das Programm setzt sich für das Schiffsahrtsprogramm der Regierung und einer Vermehrung der Armee und Flotte zu Verteidigungszwecken ein. Ferner wird darin gesagt, daß es die Pflicht der Vereinigten Staaten sei, sich mit anderen Staaten zu vereinigen, um die Freiheit der Länder und ihrer Bürger zu sichern und die freie Benutzung der Meere unbeeinträchtigt zu erhalten. Schließlich tritt das Programm neuerdings für die Monroe Doktrin ein.

(Der Präsident Wilson gehört der demokratischen Partei an.)

Rücktritt des japanischen Botschafters in Amerika.

London, 14. Juni. (W. Z. V.) Der japanische Botschafter Inoué tritt zurück. Der Botschafter in Washington Chinda wird zu seinem Nachfolger ernannt.

Die japanische Kriegsindustrie.

Wie die „Frankf. Zig.“ meldet, hat die japanische Regierung für das Jahr 1918 Bestellungen an Kriegsmaterial im Gesamtwert von etwa 110 Millionen Yen (1 Yen = 4,40 Mark) übernommen. Hiervon werden für 85 Millionen Yen der Heeresverwaltung und für 10 Millionen Yen der Marine geliefert werden. Der Rest von 15,5 Millionen Yen stellt den Preis der drei Kriegsschiffe dar, die Japan Rußland im russisch-japanischen Kriege abgenommen hatte und jetzt an Rußland verkauft hat. Genaue Daten über die Bestellungen, die an die japanische Privatindustrie ergangen sind, liegen nicht vor, doch wird der Gesamtwert der in diesem Jahre zu erledigenden Privatbestellungen auf 130 Millionen Yen geschätzt, d. h. 30 Prozent höher als im Vorjahr. Alles zusammen wird Japan in diesem Jahre an seine Verbündeten also für rund 240 Millionen Yen oder über eine Milliarde Mark Kriegsmaterial liefern.

Zur Bewältigung dieser Lieferungen hat die japanische Regierung eine völlige Umwälzung in der Industrie herbeigeführt. Laut russischen Nachrichten verfügte Japan vor dem Weltkriege bloß über folgende Betriebe für Munitionszwecke: Kriegsarbeiten in Tokio (17886 Arbeiter), Arsenal in Osaka (10728 Arbeiter), Arsenal in Kure (21473 Arbeiter), Arsenal in Sasebo (5860 Arbeiter), Gußeisen- und Schmeltzwerke (8104 Arbeiter), Fabrik für militärische Ausrüstung (8104 Arbeiter), Fabrik für militärische Ausrüstung (2103 Arbeiter). Insgesamt belief sich die Zahl der Arbeiter in diesen Regierungsbetrieben auf 65624. Während des Krieges hat nun die japanische Regierung speziell für die Lieferung an Rußland eine Waffen- und eine Geschosfabrik errichtet und außerdem etwa 1200 Privatbetriebe mit circa 100000 Arbeitern für die Anfertigung von Kriegsmaterial herrichten lassen. (Z)

Kriegsbekanntmachungen.

Nur Beachtung bei Liebesgaben Spenden.

Das Kriegsministerium gibt bekannt: Verpflegung und Ausrüstung des Feldheeres sind reichlich und gut. Andererseits müssen die heimischen Vorräte zweckentsprechend und sparsam verwendet werden. Dem widerspricht, wenn man als freiwillige Gaben, sei es in Privatpaketen oder als Spende für die Allgemeinheit, der Truppe in großer Menge Lebensmittel, Bekleidungsstücke usw. zuführt werden, die zwar von den einzelnen Soldaten als angenehme Zugabe mit Freuden angenommen werden, aber nicht unbedingt notwendig sind.

Dringend erforderlich ist, daß auch mit Liebesgaben für das Feldheer gespart und von allen Liebesgabensammlungen, Sendungen usw. abgesehen wird, die nur den Zweck haben, bestimmten, dem Spender nahestehenden Trupenteilen oder Personen Zeichen treuen Gedenkens zu geben. Da die Heeresverwaltung schon selbst jeden Soldaten mit allen erforderlichen Vorräten ausstattet, muß in Zukunft zur Schonung der Rohstoffe, insbesondere auch auf die Zuführung von Vorräten im Wege der Liebesgabentätigkeit grundsätzlich verzichtet werden. Soweit jedoch noch Vorräten als Liebesgaben in Ausnahmefällen und in Gestalt bestimmter Stücke erwünscht sein sollten, werden von der Heeresverwaltung besondere Mitteilungen an die zur Sammlung berufene Stelle, den Kriegsausgleich für warme Unterbekleidung in Berlin, ergehen.

Die Heeresverwaltung bittet daher, alle Liebesgaben und auch Geldspenden zur Beschaffung von Liebesgaben ausnahmslos den staatlichen Annahmestellen freiwilliger Gaben am Siege der selbstbetretenden Generalkommandos, deren Verzeichnis in jedem Postamt aushängt, zuzuführen. Von hier werden die Spenden nach den Weisungen des Kriegsministeriums den einzelnen Armeen zugeleitet, wobei berücksichtigt wird, daß die Gaben nach Möglichkeit an besonders bedürftige Trupenteile der aus dem betreffenden Korpsbezirk stammenden Armeekorps oder Reservekorps gelangen. Auch die Kassa der Operations- und Stappengebiete sollen mit Spenden bedacht werden.

Letzte Nachrichten.

Ententeindliche Kundgebungen in Athen.

Bern, 17. Juni. (W. Z. V.) Wie allmählich aus den französischen Blättern ersichtlich wird, kam es bei den königstreuen Kundgebungen in Athen zu drohenden Zusammenstößen vor den französischen und englischen Gesandtschaftsgebäuden. Die Menge drach in Verwünschungen aus und zeigte eine drohende Haltung. Auch von Theateraufführungen, die welchen für die Entente beleidigende Auftritte vorliefen, wiesen die Zeitungen zu berichten. Ein Beamter der englischen Gesandtschaft wurde auf der Straße angegriffen. Mitglieder der englischen Gesandtschaft, darunter der Militärattaché sowie Admiral Palmer seien im Stadion in der ungebührlichsten Weise von griechischen Geheimpolizisten überwacht worden. Die Blätter fühlten sich anlässlich dieser für die Entente peinlichen Anzeigen der Volksstimmung bemüht, darauf hinzuweisen, daß man dies nicht als Ausfluß der wahren Volksstimmung ansehen dürfe, die vielmehr gegenüber England und Frankreich völlig loyal sei.

Der Druck auf Griechenland.

Bern, 17. Juni. (W. Z. V.) Nach einer Athener Sondermeldung des „Matin“ verweigert die internationale Finanzkontrolle ihre Zustimmung zur Ausgabe neuen Papiergeldes seitens der griechischen Nationalbank in Höhe von 30 Millionen Frank. Sie teilt ferner mit, daß die englische und französische Regierung beschlossen haben, die Obligationen der neuen griechischen Anleihe von den Börsen in Paris und London auszuschießen.

Die Erfindungen nach deutschem Besitz in Frankreich.

Bern, 17. Juni. (W. Z. V.) „Temps“ meldet: Ein Rundschreiben des französischen Justizministers fordert die Gerichtsbehörden auf, in Betracht dessen, daß die deutschen Behörden in zufriedensetzender Weise die Erfindungen beantworten, die auf diplomatischem Wege über die Beschlagnahme der Güter französischer Staatsangehöriger an sie gerichtet sind, gleichermäßen auf entsprechende deutsche Erfindungen zu antworten. Diese Antworten müssen jedoch die Regierungszentrale des Ministeriums des Neuteren passieren, welche über ihre Opportunität befindet.

Gewerkschaftliches.

Die Verhandlungen über den Arbeitsnachweis der Holzarbeiter.

Die Berliner Holzarbeiter verhandeln seit längerer Zeit mit dem Vorstand des Zentralvereins für Arbeitsnachweis über den Anschluß ihres paritätischen Arbeitsnachweises an den Zentralverein. Gegen den Anschluß an sich hat keine der am paritätischen Arbeitsnachweis beteiligten Organisationen etwas einzuwenden. Auch der Holzarbeiterverband hat sich in einer Generalversammlung für den Anschluß erklärt. Dieser konnte aber bis jetzt noch nicht vollzogen werden, weil immer noch Meinungsverschiedenheiten herrschen über die Wahl, beziehungsweise Anstellung der Arbeitsvermittler. Der Vorstand des Zentralvereins ist bestrebt, das Recht der Anstellung und Entlassung der Beamten ausschließlich für sich in Anspruch zu nehmen. Dagegen fordert der Holzarbeiterverband, daß die aus Vertretern der Vertragsparteien bestehende Aufsichtskommission den entscheidenden Einfluß auf die Anstellung und Entlassung der Beamten ausüben soll. Der strittige Punkt der Satzungen soll nach dem Vorschlag des Holzarbeiterverbandes lauten:

„Der Vorstand des Zentralvereins stellt die Beamten auf Vorschlag der Aufsichtskommission an. Die Entlassung erfolgt nach Anhörung der Aufsichtskommission.“

Diese Fassung hat der Vorstand des Zentralvereins abgelehnt. Da die Stadt Berlin den Zentralverein subventioniert und deshalb Sitz und Stimme in dessen Vorstand hat, so ist die Angelegenheit dem Magistrat unterbreitet worden. Die zuständige städtische Deputation hat sich insoweit mit der Sache beschäftigt, aber noch keinen endgültigen Beschluß gefaßt. Die Deputation hat den Obermeister **Rahardt** als Vertreter der Arbeitgeber und den Genossen **Glocke** als Vertreter des Holzarbeiterverbandes zu ihren Beratungen herangezogen. **Glocke** hielt an dem Standpunkt des Verbandes fest: das Vorschlagsrecht für die Besetzung der Arbeitsvermittlerposten soll den am Arbeitsnachweis beteiligten Organisationen verbleiben. Der Vorstand des Zentralvereins beharrte auf seinem entgegengegesetzten Standpunkt. Mit diesem erklärte sich auch Obermeister **Rahardt** einverstanden. Er meinte, es handele sich ja nur um eine Formsache. Tatsächlich würden doch auch nach dem Vorschlag des Zentralvereins die Arbeitsvermittler aus den Reihen der beteiligten Organisationen genommen. Damit werde doch der Anspruch der Organisationen erfüllt. — Der Vorschlag des Zentralvereins geht dahin: Anstellung und Entlassung der Beamten erfolgt nach Anhörung der Aufsichtskommission durch den Vorstand des Zentralvereins. — Auch nach dieser Aussprache kam die städtische Deputation zu keiner Entscheidung.

Inzwischen ist nun von Unternehmerseite eine Maßnahme erfolgt, die wohl einen Druck auf den Holzarbeiterverband ausüben soll, um ihn zur Aufgabe seines Standpunktes zu bewegen. Dem Holzarbeiterverband ist nämlich ein vom Obermeister **Rahardt** unterzeichnetes Schreiben der Arbeitgeberorganisation zugegangen. Darin wird mitgeteilt, daß die Unternehmer den von ihnen gestellten Arbeitsvermittlern zum 1. Juli gekündigt haben. — Da der paritätische Arbeitsnachweis eine auf Grund des Tarifvertrages geschaffene Einrichtung ist und jede der beiden Vertragsparteien

die gleiche Zahl der Arbeitsnachweisbeamten stellt, so betrachtet der Holzarbeiterverband das Vorgehen der Unternehmer — falls die Kündigung ihres Beamten mit ihrem Rücktritt vom Arbeitsnachweis gleichbedeutend sein soll — als einen Vertragsbruch. In diesem Sinne hat die Verwaltung des Holzarbeiterverbandes das Schreiben des Obermeisters **Rahardt** beantwortet und gleichzeitig Beschwerde bei den Zentralvorständen der am Verträge beteiligten Organisationen erhoben. Die Verwaltung ist der Ansicht, daß die Verhandlungen wegen des Ausschlusses fortgesetzt und die Erhaltung des paritätischen Arbeitsnachweises, die ja durch das Vorgehen der Unternehmer in Frage gestellt sei, ermöglicht werde. Infolge dieses Standpunktes der Verwaltung hat **Glocke** neuerdings mit zwei Magistratsvertretern aus der städtischen Deputation verhandelt. Diese schlugen vor, den strittigen Punkt so zu fassen, daß die Aufsichtskommission das Vorschlagsrecht hat, und daß, wenn ihre Vorschläge in einem Falle zweimal abgelehnt wurden, der Gesamtvorstand des Zentralvereins (in dem die Vertreter der Stadt Berlin die Mehrheit haben) aus den Reihen der beteiligten Organisationen die Beamten zu wählen hat, und daß Entlassungen nur nach Anhörung der Aufsichtskommission erfolgen sollen.

Diesen Sachverhalt trug **Glocke** am Freitag der Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes vor. Er unterbreitete ihr auch den zuletzt erwähnten Vorschlag der Magistratsvertreter und empfahl der Versammlung, auf ihrem bisherigen Standpunkt zu verharren: das Vorschlagsrecht — gleichviel, in welcher Form — muß den am Arbeitsnachweis beteiligten Organisationen erhalten bleiben.

Nach einer regen Diskussion beschloß die Versammlung einstimmig, an ihrem früheren Beschluß, der dem Standpunkt des Referenten entspricht, festzuhalten. Ferner wurden die Vertreter des Verbandes beauftragt, für den Fall, daß ihr Antrag von der Deputation nicht angenommen werden sollte, dahin zu wirken, daß die ganze Angelegenheit vertagt wird bis die Zentralvorstände über die Beschwerde gegen das Vorgehen der Arbeitgeber entschieden haben.

Einstimmig wurde eine aus der Versammlung beantragte Resolution angenommen, welche gegen das Vorgehen des Obermeisters **Rahardt** hinsichtlich der Kündigung der Arbeitsvermittler protestiert und seine Maßnahme als Vertragsbruch bezeichnet.

Berlin und Umgegend.

Verhandlung der Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften. Vom Kriegsernährungsamt war die Aufforderung ergangen, ein Protokoll der deutschen Gewerkschaften für den Beirat des Kriegsernährungsamtes zu bestimmen. In der gestrigen Schlusssitzung des Verhandlertages fiel die Wahl einstimmig auf den Verbandsvorsitzenden **Gustav Hartmann**. — Alsdann wurde dem Bunde Ausdruck gegeben, daß die „Verbandskorrespondenz“ weiter ausgebaut werde. — Im weiteren wurde folgender Erklärung zugestimmt:

„Die allgemeine Entwicklung innerhalb der Arbeiterbewegung drängt nach dem Zusammenkühl gleichartiger Verufe. Die Verhandlung wird deshalb beauftragt, diese Entwicklung in Beziehung auf die Gewerkschaften genau zu verfolgen.“

Die Tagesordnung war damit erledigt. Der Verhandlertag fand dann seinen Abschluß mit einer Schlussrede des Vorsitzenden, **Maschinenbauers Gustav Hartmann**.

Soziales.

Bezug von Militärrente.

Dem neuen „Armee-Verordnungsblatt“ entnehmen wir unter anderem:

Auf Antrag des Versorgungsberechtigten ist den aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges auf Grund einer Kriegsdienstbeschädigung zu versorgenden Personen, bei denen nach der Art des Versorgungsgrundes ein späteres Herabfallen der Erwerbsfähigkeit unter 10 Proz. nicht zu erwarten ist, eine Bescheinigung auszustellen, daß ein gänzlicher Fortfall der Rente später nicht mehr eintritt, die Kriegszulage sonach nie fortfallen kann. Ist bei Empfängern der Versümmelungszulage nach der Art der Versümmelung auch der Fortfall der Versümmelungszulage nicht zu erwarten, so ist die Bescheinigung nach dieser Richtung hin zu ergänzen. Die Rentenliste oder Rentennachliste erhält einen dem Vorstehenden entsprechenden Vermerk in Spalte 10. Für das geschäftliche Verfahren gelten die für die Festsetzung von Versorgungsgebührrufen maßgebenden Vorschriften. Vorstehendes findet auch auf die bereits erfolgten Rentenfeststellungen Anwendung. J. A.: Freiherr von Langermann.

Eine rechtlich zulässige Unbilligkeit.

Ein bei der Neuen Boden-Aktiengesellschaft beschäftigt gewesener Registrator hatte seine Stellung bei dieser Gesellschaft am 30. Juni 1914 aufgegeben, um sich zu verbessern. Er hatte außer seinem Monatsgehalt noch alljährlich eine Weihnachts- und eine Abschlußgratifikation bezogen, jebe in der Höhe eines Monatsgehalts, so daß er während der vier Jahre, wo er bei der Neuen Boden-Aktiengesellschaft in Stellung war, jedes Jahr tatsächlich 14 Monatsgehälter erhielt. Die Gratifikation war auch im Anstellungsvertrage in der angegebenen Höhe ausdrücklich festgesetzt, aber es war die Klausel hinzugefügt, daß die Gratifikation eine freiwillige Leistung ist, auf die der Angestellte keinen Rechtsanspruch hat. Der Registrator beanspruchte bei seinem Abgang für das abgelaufene erste Halbjahr 1914 die Hälfte der für das ganze Jahr ihm zuzurechnenden Gratifikation. Die Neue Boden-Aktiengesellschaft verweigerte aber die Zahlung der Gratifikation, die der Registrator dann durch Klage beim Gewerbegericht forderte. Er machte geltend, die Gratifikation sei ein Teil seines Gehalts. Die erwähnte Vertragsklausel sei eine einseitige Bestimmung zugunsten des Arbeitgebers, der Vertrag verstoße deshalb gegen die guten Sitten und sei nichtig. — Demgegenüber vertief sich die Beklagte auf ihren Vertrag und auf die Quittungen, welche der Kläger in den vorhergegangenen Jahren über den Empfang der Gratifikation ausgestellt hatte. Auch diese Quittungen enthalten einen Vermerk, demzufolge der Kläger anerkennt, daß er einen Rechtsanspruch auf die Gratifikation nicht hat.

Die Kammer 7 des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistratsrats **Schulz** erkannte auf Abweisung der Klage mit der Begründung: Die Anschauung der Beklagten, daß sie nicht verpflichtet ist zur Zahlung der Gratifikation, könne rechtlich nicht angefochten werden. Es habe ja den Anschein, daß hier eine gewisse Unbilligkeit gegenüber dem Kläger vorliege. Das sei vom sozialen Standpunkt aus zu bedauern. Aber für das Gericht sei der Rechtsstandpunkt bindend, der dadurch gegeben sei, daß der Kläger durch die Quittungen selbst anerkannt habe, daß ihm ein Anspruch auf die Gratifikation nicht zustehe.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Langsame weitere Erwärmung, vielfach heiter, aber noch veränderlich und besonders östlich der Ober- und längs der Küste öfter leichte Regengüsse.

A. WERTHEIM

Waschstoffe

Baumwoll-Musseline in großer Muster-Auswahl, Mtr	1.15	1.45
Krepplin bedruckt, Blumen- und Punkt-Muster Meter	1.65	2.25
Krepon bedruckt, in schönen Blumen-Mustern Meter	1.45	
Schleierstoffe bedruckt, Blumen- und Punkt-Muster, hell- und dunkelgründig, Meter	2.25	2.75
Foulardin seidenglänzendes Gewebe, in schönen Farbenstellungen Meter	2.25	
Weiß Krepons 70 cm breit Meter	1.05	1.40
Weiß Schleierstoffe etw. 110 cm breit, m. durchbroch. schmal. Streifen, Mtr.	2.35	
Weiß Waschkrepplin etwa 100 cm breit Meter	1.65	
Weiß Stickerei-Kanten (Volants) in modern. Ausführungen	4.20	14 M.
Weiß Schleierstoffe bestickt, in großer Ausw., 110 cm	4.25	6.50

Damen-Wäsche

Damenhemden in verschiedenen Ausführungen	2.25	bis	5.35
Damen-Beinkleider in verschiedenen Ausführung.	2.50	bis	5.35
Damen-Nachthemden in verschiedenen Ausführungen	4.90	bis	8 M.
Stickerei-Röcke	4.90	bis	6.25

Kleiderstoffe

Kleiderstoffe schwarz weiß kariert, 90 cm breit Meter	1.40
Kleiderstoffe schwarz-weiß, 130 cm breit, für Kleider und Röcke, Mtr.	2.90
Halbseidener Krepplin etwa 100 cm breit, in verschiedenen Farben, für Kleider und Blusen	3.50

Germania-Seide imprägniert
etwa 120 cm breit, schwarz und farbig.
für Staub- u. Regenmäntel Mtr. **8.50**

Blusenstoffe dunkelgründig, in verschiedenen Farbenstellungen, Mtr.	1.65
---	------

Blusenstoffe hellgründig, mit farbigen Streifen Meter	1.90
---	------

Waschblusen

Verkauft am Wäschelager

Voile-Bluse farbig bedruckt, halsfrei	6.25	Voile-Bluse weiß mit Handstickerei und modernem Kragen	9.75
Voile-Bluse weiß mit geoticktem Vorderteil	7.75	Voile-Bluse weiß mit reich geoticktem Vorderteil und Plüsch-Spitzen	10.75
Voile-Bluse weiß mit Stickerei-Einsatz	8.50	Voile-Bluse weiß mit reicher Handstickerei	13 M.
Voile-Bluse weiß, m. Stick., Vorderteil durchbr.	9 M.		

Seidenstoffe

Blusen- und Kleiderstoffe	1.65	1.90	2.25
gestreift Meter	1.70	2.25	2.90
Bastseide für Blusen und Kleider, etwa 80 cm breit Meter	3.50		
Bastseide gestickt, für Blusen u. Kleider etwa 80 cm breit Meter	5 M.		
Kreppseide (Crépe de chine), schwarz, hell- und dunkelkarbig, etw. 100 cm br., Mtr.	6.25		
Seiden-Kaschmir schwarz u. farbig, etw. 100 cm br.	6.25	7.25	
Taffet schwarz und farbig, doppelt breit Meter	6.50	8 M.	
Foulardseide für Kleider, etwa 100 cm breit Meter	8.90		
Haivonne für Kleider, Kostüme und Mäntel, schwarz u. farb., etwa 100 cm br., Mtr.	11 M.		

Korsette

Satin-Korsett, grau, lange Form, 2 Strumpfhalter	5.25	
Satin-Korsett, 2 Strumpfhalter	6.75	
Drell-Korsett, grau, mit hohe Form, 2 Strumpfhalt.	7.25	8 M.
Satin-Korsett, Mode, f. starke Figuren	11 M.	
Haus-Korsett, m. Gummi, z. knöpfen	3.50	
Batist-Reform-Korsett m. Achsel	3.85	

Lieferung ganzer Wäsche-Ausstattungen

in kürzester Zeit. Herstellung zum größten Teil in eigenen Werkstätten. Saubere Ausführung. Mäßige Preise.

Vorgezeichnete, angefangene und fertige

Handarbeiten.

Handarbeiten nach Künstler-Entwürfen. Kinderkleidchen, Vorhänge, Tischdecken usw.

Politische Uebersicht.

Keine Illusionen.

Die „Magdeburgerische Zeitung“, eines der führenden nationalliberalen Blätter, rückt die neuerdings viel beachteten politischen Kundgebungen verschiedener bürgerlicher Parteiführer in eine innerpolitisch recht bedeutsame Beleuchtung. Danach hat die durch die Ernennung Selfferrichs zum Staatssekretär des Innern erforderlich gewordene Neubefestigung von sechs höheren und hohen Verwaltungsstellen, die lückenlos mit konservativen Adligen besetzt wurden, die bürgerlichen Parteien so sehr verchnupft, daß sowohl der Führer der nationalliberalen Landtagsfraktion Dr. Friedberg, dessen Partei, nach den Worten der „Magdeburgerischen Zeitung“, „gerade in letzter Zeit... mit den konservativen gegangen war und dessen Fraktion im Landtag immer mehr rechts gestanden hat als im Reichstage“, wie auch der Zentrumsführer Spahn und der Führer der Freisinnigen Dr. Bachnick öffentlich gegen die Bevorzugung der Rechten in der Verwaltung gewandt haben.

Die Auslassung Spahns, schreibt die „Magdeb. Ztg.“, ist an manchen Stellen so aufgefaßt worden, als wolle er ein parlamentarisches Regime befürworten. ... Jene Deutung der Worte Spahns war offenbar unrichtig. Umstürzlerische Gedanken gegenüber unserer Verfassung haben ihm sicher fern gelegen; was er verlangt hat, war gerade die Durchführung der Verfassung, die ja ein solches konservatives Privilegium, ein solches Monopol des Adels nicht kennt. Wenn diese Bevorzugungen beseitigt sind, dann wird in unserer vorerwähnten noch weniger Neigung als bisher vorhanden sein, zu parlamentarischen Regierungsformen überzugehen; solche Wünsche hält bei uns zu Lande die Regierung selber so lange zuge, als sie jene Ungerechtigkeiten duldet und übt.

Die Deutung, die das nationalliberale Organ dem Auftreten Spahns gibt und die auch auf die Reden Dr. Friedbergs und Dr. Bachnicks zutrifft, läuft also darauf hinaus, daß die bürgerlichen Parteien lediglich eine Zurückdrängung des konservativen Einflusses durch Zulassung zu Verwaltungsstellen, mit anderen Worten gleichmäßigere Verteilung der politischen Macht unter die Repräsentanten des Adels und des zahlungsfähigen Bürgertums anstreben, im übrigen aber nicht daran denken, für eine innerpolitische Entwicklung in der Richtung zum Parlamentarismus einzutreten. Man wird diese Feststellung beachten müssen, um sich auch innerpolitisch keinen überflüssigen Illusionen hinzugeben.

Kapp gegen Bethmann.

Generallandschaftsdirektor Kapp, gegen dessen Großjährigkeit Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in seiner letzten Reichstagsrede in scharfer Weise wandte, hat folgendes Rundschreiben verfaßt:

Königsberg i. Pr., den 14. Juni 1916.

In Verfolg der Reichstagsverhandlungen vom 6. Juni d. J. sind zwischen dem Vertreter des Herrn Reichskanzlers und dem meinigen nach erfolglos von mir versuchter Verständigung folgende Erklärungen ausgetauscht:

Der Vertreter des Herrn Reichskanzler erklärte: Die von Herrn Kapp verbreitete Deuschrift ist ein Angriff gegen die Politik des Herrn Reichskanzlers. Aus Gründen des Staatswohls ist der Herr Reichskanzler diesem Angriff öffentlich im Reichstag entgegengetreten. Er lehnt es ab, diese ihm durch die Pflichten seines Amtes auferlegte Handlung zum Gegenstand persönlicher Auseinandersetzung zu machen.

Darauf erklärte mein Vertreter: Herr Kapp hat der Politik des Herrn Reichskanzlers den Vorwurf der Unfähigkeit und Schwäche gemacht. Der Herr Reichskanzler hat gegen Herrn Kapp persönliche Schimpfworte gebraucht. Nach der Erklärung des Herrn Reichskanzlers ist er aus Gründen des Staatswohls dem Kapp'schen Angriff öffentlich im Reichstag entgegengetreten. Er lehnt es ab, diese ihm durch die Pflichten seines Amtes auferlegte Handlung zum Gegenstand persönlicher Auseinandersetzung zu machen. Demgegenüber erklärt Herr Kapp, sich in einem Augenblick Genugtuung verschaffen zu wollen, in welchem dem Herrn Reichskanzler nicht mehr der Schutz des Krieges, seine Stellung und die Ansehung der Presse zur Seite stehen.

Diesem Tatbestand teile ich hiedurch ergebenst mit. Kapp, Generallandschaftsdirektor.

Wird nun Herr Kapp nach Friedensschluß den Reichskanzler fordern?

Der „Fall Förster“.

Professor F. W. Förster telegraphiert uns: „Die Zeitungsmeldungen, daß das bayerische Kultusministerium meine Vorlesungen sinitiere habe, sind völlig aus der Luft gegriffen. Ich werde meine Vorlesungen weiterführen.“

Es bleibt also noch abzuwarten, wie die philosophische Fakultät, 1. Sektion, der Universität München ihren Was verwirklichen wird, jedem Versuch Prof. Försters, seine Anschauungen „unter der Autorität des Lehramts in der akademischen Jugend zu verbreiten, mit vollster Entschiedenheit entgegenzutreten.“

Oder sollte die fast allgemeine Entrüstung über das Vorgehen der Fakultät diese zur Einsicht und Umkehr veranlassen?

Der „Fall Förster“ hat, wie vorausgesehen war, im Inlande wie im Auslande großes Aufsehen erregt und leidenschaftliche Presseerörterungen hervorgerufen. Die nationalliberale und die konservative deutsche Presse hat sich heftig gegen Förster gewandt und das Scherbenstück der Fakultät über ihn warm in Schutz genommen. Die Zentrumspresse verhielt sich neutral, während die liberale Presse im allgemeinen den Angriff gegen die Lehr- und Berufsfreiheit abzuwehren suchte. Um so eigenartiger mutet das Auftreten Ludwig Thoma's, des ehemaligen tapferen Kämpfers des „Simplizissimus“ im liberalen „März“ an. Diese Leistung, die von der rechtsstehenden Presse bereits ausgeschaltet wird, sei nachstehend als „psychologisches Dokument“ wiedergegeben. Sie lautet:

„Herr F. W. Förster, der beim Anheben des neuen Windes an die Universität München berufen wurde, hat sehr häufig das Bedürfnis, Aufsehen zu erregen.“

Das gelingt ihm auch durch tatzloses Geschwätz, das er bei ausländischen Zeitungen anbringt. Er macht sich sogar interessant vor einem Publikum, das begierig nach Dissonanzen hinhört und das einen mit Fremdwörtern unterpöpierten Gallimathias schon deshalb für eine gelehrte Abhandlung hält, weil es den Herrn Förster nicht kennt.

Die neueste Leistung dieser Gierde der Münchener Universität ist folgende:

Er schreibt in der Schweizer „Friedenswarte“ einiges über die kurzfristige Nationalpolitik Bismarcks; schreibt, daß das neue Deutsche Reich ganz dem heidnischen Geiste entsprungen sei, ein Gegenjah zum heiligen römischen Reiche deutscher Nation, heißt Bismarck den konsequenten Realisierer des nationalgeopolitischen Individualismus, der unaufhaltsam zu einer katastrophischen Irrenden mußte usw. Dieser Bodum ist wird als das Ergebnis tiefgründiger professoraler Forschung in der Schweiz achtungsvoll entgegengenommen und bildet einen Beitrag zur Geschichte des Weltkrieges.

Es es denn niemanden möglich, dem Schwäher einigen Laß beizubringen? Wo mag aber der „Lakt“ und die politische Einsicht bei Herrn Ludwig Thoma geblieben sein?

Das böshafte Kommunalwahlrecht.

Beim Sturmlauf gegen die „Schönheiten“ des preussischen Kommunalwahlrechts hat man schon alle Möglichkeiten zu konstruieren versucht, welche sich aus der Nachbesugnis eines einzigen Erster-Klasse-Wählers seinen Mitbürgern gegenüber ergeben könnten. Die wildeste Phantasie der Dreiklassenwahlrechtsgegner verblaßt aber gegenüber der geradezu unwahrscheinlich klingenden Wirklichkeit, durch die ein solch erstklassiger Auktor und Anhänger des Dreiklassenwahlrechtsystems in dem kleinen schlesischen Städtchen Deutsch-Wartenberg die ganze Boshaftigkeit und Nichtsnutzigkeit unseres plutokratischen Kommunalwahlrechts darzulegen versuchte. Der Fabrikant Deder hat in diesem Städtchen das Recht, in der ersten Wählerklasse allein vier Stadtverordnete zu ernennen. Herr Deder lebt nun mit der Stadtverwaltung nicht in bestem Einvernehmen. Man kann daher begreifen, daß er bei Ausübung seines „Wahlrechtes“ nicht gerade bemüht war, die Zahl der Stadtverordneten zu verstärken, die der Verwaltung des kleinen Gemeinwesens zugetan waren und auch von dieser gern gesehen wurden. Nachdem er vor der Wahl am 27. Mai 1915 überlegt hatte, ob er nicht auf Grund seiner Befugnisse eins der Mandate einem argen Schläger anvertrauen sollte, entschloß er sich nach wohlbedachter Ueberlegung doch lieber dazu, den Schuhmachermeister Stolye mit einem Stadtverordnetenmandat zu betrauen. Dieser schien ihm offenbar geeigneter für den Ehrenposten eines Stadtvaters, weil er im Jahre 1911 wegen Sittlichkeitsvergehen gegen Kinder in sechs Fällen auf Grund des § 176, Ziffer 3 des Strafgesetzbuchs zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden war.

Die Stadtverordnetenversammlung von Deutsch-Wartenberg war nun über den Eintritt ihres neuen Kollegen keineswegs erfreut. Sie erklärte seine Wahl für ungültig, da sie diese als Schikane des erstklassigen Wählers ansah.

Der wegen Sittlichkeitsdeliktes bestrafte Schuhmacher nahm aber den Kampf auf und klagte beim Bezirksauschuß in Liegnitz gegen die Stadtverordnetenversammlung, die ihm sein Mandat entzogen hatte. Der Bezirksauschuß in Liegnitz gab ihm recht und erklärte die Wahl für gültig, weil kein gesetzlicher Grund für das Gegenteil spräche. Das konnten die gefehlsunkundigen Stadtverordneten von Deutsch-Wartenberg nicht fassen und legten Berufung beim Oberverwaltungsgericht ein. Doch auch hier fielen sie ab. Der brave Schuhmacher ist in aller Form des Gesetzes gewährt und bleibt trotz seines sechsfachen Sittlichkeitsdeliktes Stadtverordneter von Deutsch-Wartenberg.

Herr Deder kann nun seine Macht als Wähler erster Klasse weiter ausnützen.

Wechsel im Kommando des 17. Armeekorps.

Wie die „Donauter Zeitung“ erfährt, ist an Stelle des Generals der Infanterie v. Schaal, der zur Disposition gestellt wurde, der Generalleutnant Wagner zum stellvertretenden kommandierenden General des 17. Armeekorps ernannt worden. Eggelsen Wagner war im Frieden zuletzt Kommandeur der 88. Infanterie-Division in Erfurt. (W. Z. V.)

Preisbeschränkung für Textilwaren.

Zur Behebung von Zweifeln, ob die Vorschriften der Belamtmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren vom 30. März 1916 auch auf Waren Anwendung finden, die ganz oder teilweise aus Zellstoff- oder Papiergarnen hergestellt sind, wird festgestellt, daß auch die aus Zellstoff- oder Papiergarnen hergestellten Erzeugnisse der Preisbeschränkung der genannten Verordnung unterliegen. Wer bei Verkäufen dieser Art Waren die gesetzlich gezogenen Preisgrenzen überschreitet, hat nicht nur zu gewärtigen, daß durch die genannte Verordnung zu bildenden Schiedsgerichte eine Preisermäßigung herbeigeführt wird, sondern setzt sich auch der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aus. (W. Z. V.)

Eine Donaukonferenz.

Die von Regensburg aus angeregte Donaukonferenz dürfte im Juli stattfinden. Außer Deutschland und Oesterreich-Ungarn sowie Bulgarien wird auch Rumänien daran teilnehmen. Das ungarische Komitee wird der Konferenz einen Antrag unterbreiten, eine internationale Donaukommission zu schaffen, in die Donauländer Delegierte entsenden sollen. Als Sitz wird Budapest vorgeschlagen. In einem weiteren Antrage wird eine Verbindung der Donau mit verschiedenen deutschen Flüssen angeregt.

Budapest, 17. Juni. (W. Z. V.) Zur Vorbereitung der Donaukonferenz haben heute Vertreter der Interessen von Industrie, Handel und Schifffahrt unter Vorsitz des Bürgermeisters von Bazez eine Besprechung abgehalten. Dabei wurden auch die Maßnahmen beraten, deren Durchführung von der ungarischen Regierung im Interesse weiterer Ausgestaltung der Hafeneinrichtungen und zum Ausbau des Hafens in Budapest verlangt werden.

Der Großindustrielle Franz Daniel, Beheimer Kommerzienrat, ist in Düsseldorf im 75. Lebensjahre gestorben.

Das tägliche Brot.

Die Tätigkeit der Z. C. G.

Der Presse gehen fortgesetzt Klagen über die Tätigkeit der Zentraleinkaufsgesellschaft zu. Diese Gesellschaft hat bekanntlich die Aufgabe, den Einkauf wichtiger Lebensmittel im Auslande vorzunehmen, und in ihren Händen ist der Handel monopolisiert. Händler und Stadtverwaltungen erheben nun heftige Vorwürfe gegen die Z. C. G., die fast alle darin gipfeln, daß die Z. C. G. mit Rücksicht auf die Zahlungsbilanz Deutschlands möglichst wenig einführen wolle und daher günstige Angebote im Auslande oftmals zurückwies. Wir können diese Klagen nicht im einzelnen nachprüfen. Ein Teil von ihnen muß darauf zurückzuführen sein, daß private Händler, denen ein Verdienst entgangen

ist, nur ihrem Verger darüber Lust machen wollen. Einzelne Städte mögen Beschwerden erheben, weil eine greifbare Menge nicht ihnen zugewiesen, sondern von der Z. C. G. zugunsten des ganzen Reiches ausgenommen worden ist. Immerhin kommen die Klagen so häufig, daß es uns wohl angebracht erscheint, wenn die Z. C. G. selbst einmal über die Grundzüge ihrer Tätigkeit im Auslande näheren Aufschluß geben würde. Rücksichten auf die Zahlungsbilanz dürften unter keinen Umständen die Z. C. G. davon abhalten, durch Einkäufe im Auslande der Knappheit im Inlande abzuhelfen.

Reitenhandel und Kriegsernährungsamt.

Vom Kriegsernährungsamt wird geschrieben:

In der Tagespresse sind in den letzten Wochen immer lebhaftere Klagen über den stets sich weiter ausdehnenden Reitenhandel geäußert und schleunige Abstellung der Mißstände wird immer dringender gefordert. Der Reitenhandel treibt die Ware von Hand zu Hand. Er enthält sie zeitweise dem Verbrauch vor und treibt den Preis sinnlos in die Höhe, ohne Rücksicht auf den vielleicht im Augenblick vorliegenden großen Bedarf, auf die Verderblichkeit der Ware, nur im Interesse eines müßelosen Gewinnes. Besonders lebhaft betätigt er sich auf dem Lebensmittelmarkt. Die große Zahl der täglichen Anzeigen, in denen Preisangebote für Lebensmittel gefordert und Lebensmittel in oft erstaunlicher Menge zu „Hochpreisen“ angeboten werden, geben allein schon Einbild in den Umfang dieses Schieberhandels. Personen, die sich früher nie mit Handel befaßt haben, Firmen, die sich früher ganz anderen Handelzweigen widmeten, haben sich auf dieses bei geringerer Ausnutzung große Gewinne bringende Geschäft gestürzt. Bei dem großen volkswirtschaftlichen Schaden, den der Reitenhandel zeitigt, bei der Verbitterung der Bevölkerung, die er auslösen muß, bei dem unverantwortlich hohen Gewinn, den er erzielt, sind einschneidende Maßnahmen geboten. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes hat vor etwa 14 Tagen im Reichstag solche Maßnahmen angekündigt. Der öffentlichen Meinung dauert die Erfüllung der in Aussicht gestellten Regelung bereits so lange: „es werde allzu lange diesem Treiben unartig zugehört“. Der Vorstand des Kriegsernährungsamtes hat sich vom Zulammentritt an mit dieser Frage beschäftigt; aber so einfach, wie es nach den zahlreichen Vorschlägen, die gemacht werden, erscheinen muß, ist sie nicht zu lösen, da der reibliche Handel geschützt, der Schieberhandel aber auf das schärfste getroffen werden muß.

Nunmehr sind die Verhandlungen im Kriegsernährungsamt abgeschlossen. Nach weiteren Beratungen mit Sachverständigen des Handels und der Zeitungswelt hat das Kriegsernährungsamt eine, den Reiten- und Schieberhandel mit Lebensmitteln nach allen Richtungen scharf fassende Verordnung festgestellt, deren Erlaß voraussichtlich in den nächsten Tagen erfolgen wird. Danach soll der Handel mit Lebensmitteln fortan nur mit ausdrücklicher Genehmigung zulässig sein. Von der Genehmigungspflicht sollen fortan nur solche Kleinhandelsbetriebe befreit sein, die Lebensmittel unmittelbar an den Verbraucher abgeben.

Russisches Obst für Deutschland.

Für die dem Oberbefehlshaber Ost unterstellten Gebiete Rußlands steht eine reiche Obsternte zu erwarten. Es sind in den Verwaltungsgebieten alle Maßnahmen getroffen worden, diese Obsternte voll und ganz zu verwerten.

Ein Teil des Obstes wird wahrscheinlich im Verwaltungsgebiete selbst verwendet werden, während ein großer Teil Obst aller Sorten ins Heimatgebiet abgeführt und daselbst verwertet werden soll. Es wird dadurch ein wertvoller Zuschuß für unsere Volksernährung geliefert. Das Obst soll in Waggonen geladen an die Hauptmarktplätze Deutschlands geführt werden. (W. Z. V.)

Eine Ursache der Milchverteuerung.

Der Milchpreis schießt rasch aufwärts. In westdeutschen Städten hat er schon eine Höhe von 40 und 50 Pfennigen das Liter erreicht. So wenig diese Preissteigerung berechtigt ist, so sehr muß darauf hingewiesen werden, daß eine Lücke in den Bundesratsverordnungen leider eine gewisse Milchpreissteigerung für viele Betriebe notwendig macht. Es fehlen nämlich Höchstpreise für Milch- und Zuchtvieh, während wir solche für Mast- und Schlachtvieh haben. Infolgedessen stehen heute Milchflöhe 300 Prozent teurer im Preise als in Friedenszeiten. Dadurch haben die Züchter von Milchvieh einen großen Vorteil, die Abmelkewirtschaften und die Milchbauern, die vornehmlich unsere Großstädte mit Milch versorgen, einen bedeutenden Nachteil. Sie müssen infolge Fehlens von Höchstpreisen den Züchtern ungeheuerliche Preise für die Milchflöhe zahlen; die Kühe müssen aber, wenn sie abgemolken sind, zu dem viel niedrigeren Schlachtviehpreis wieder abgestoßen werden. Die Differenz zwischen dem Gestehungspreis als Milchvieh und dem Verkaufspreis als Schlachtvieh wird natürlich auf die Milch geschlagen. Da der Preisverlust an einer Kuh etwa 300 Mark beträgt und das Tier in dem Jahre des Abmelkens etwa 3000 Liter Milch gibt, so wird jeder Liter Milch in den Abmelkewirtschaften allein durch das Fehlen von Höchstpreisen für Milchflöhe um 10 Pfennige belastet. Agrarische Kreise machen den Einwand, daß die Grenze zwischen Schlacht- und Milchvieh nicht zu ziehen sei, unparteiische Sachverständige erkennen die Schwierigkeiten an, erklären sie aber nicht für unüberwindlich.

Lebensmittelnot in Leipzig.

Auch in Leipzig ist die Lebensmittelnot äußerst drückend. Kartoffeln gibt's seit einigen Tagen fast nicht mehr, Brotzulagen nur äußerst spärlich. Als Ersatzmittel für die mangelnden Kartoffeln kündigt der Rat der Stadt Plakaroni, getrocknete Rüben und ähnliches an. Nur war die Menge so gering, daß sie binnen kurzen ausverkauft war und große Massen der Bevölkerung davon nichts zu sehen belamen. Jetzt erlaßt nun der Rat der Stadt nachstehenden Appell an die Bevölkerung, in dem es heißt:

„In den nächsten Wochen bis zur neuen Ernte werden Nahrungsmittel alter Ernte, besonders Kartoffeln, sehr knapp sein. Zunächst muß für die Verpflegung unserer Truppen im Felde gesorgt werden. Wir im Inlande müssen zurücktreten; für uns gilt es, für diese Zeit uns Entbehrungen aufzulegen, die aber weit hinter denen zurückbleiben, die unsere Tapferen zu ertragen haben.“

Wir vertrauen, daß unsere Bürgerschaft dieses Opfer bringen wird.

Gott sei Dank gibt uns die Ernte Aussicht, daß wir von der Zukunft Besserung erhoffen dürfen. ...

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Jund und der sächsische Landtagsabgeordnete Voßner, beide Vertreter von Leipzig, haben aus Leipzig an das Kriegsernährungsamt in Berlin folgendes Telegramm gefandt:

„Die Lebensmittelzufuhr nach hier aus den an Sachsen grenzenden Staaten oder Kreisen wird noch immer verboten. In der Bevölkerung wächst die Unzufriedenheit. Man versteht nicht, daß überschüssige Lebensmittel benachbarter Kreise uns vorenthalten bleiben, wie es nachweislich geschieht. Reizen Sie die unberechtigten Schranken rasch nieder oder der Schaden am Deutschtum wächst weiter. Sie können und müssen Wandel schaffen.“

Stadt und Land.

In Baden hat die amtliche Fleischversorgungsstelle mit Zustimmung des Ministeriums des Innern angeordnet, daß die Hauschlachtungen einzufüranken sind. Vom 1. Juni bis 15. Juli wird die Genehmigung zur Vornahme von Haus-

Schlachtungen nur in besonders dringlichen Fällen erteilt. Interessant ist, daß in der bezüglichen Verordnung folgendes festgesetzt wird: „Während sich die städtische Bevölkerung verhältnismäßig rasch an die Einschränkung im Fleischverkauf und Fleischverbrauch gewöhnt hat, zeigte sich die ländliche Bevölkerung im allgemeinen den Vorschriften über die Beschränkungen und der Einschränkung des Fleischgenusses schwerer an.“ Die städtische Bevölkerung hat ihre guten Gründe, wenn sie den Fleischgenuss einschränkt. Der Mangel an Fleisch und die unerschwinglichen Preise hindern den normalen Fleischverbrauch. Gründe, die bei der selbstschlächternden Landbevölkerung nicht bestehen.

Der Geldstrom vom Lande.

Der Geschäftsbericht der Ermännlichten Zentralkasse für 1915 gibt zu, daß die Landwirte zu guten Preisen ihr Getreide absetzen konnten. Er verweist auf die große Sparlichkeit der Landwirtsfrauen, und dann heißt es:

„Einen derartigen Geldzufluß haben wir noch nie gehabt, es hätte ihn auch niemand für möglich gehalten. Es gab Tage, an denen von unseren Genossenschaften bei der Preussischen Zentral-Genossenschaftskasse 200 000 M., ja sogar über eine Viertelmillion eingingen. Durch die Kriegsanleihen — einschließlich der vierten, deren Ergebnis bei uns 85 068 000 M. betrug — sind unseren Spar- und Darlehnskassenvereinen im ganzen 16 470 000 M. entzogen, eine für unseren kleinen Bezirk und ganz ländlichen Verhältnisse recht hohe Summe.“

Das Kapitalabfindungsgesetz.

Der Reichstag hat heute ein Reichsgesetz angenommen, das den Kriegsbeschädigten und Kriegserwitwen die Möglichkeit geben soll, sich mit Hilfe eines Kapitals auf eigener Scholle ansässig zu machen oder vorhandenes Besitztum zu erhalten und zu stärken.

Zur Unterrichtung der Beteiligten sind vom Kriegsministerium die Grundzüge des Gesetzes im Nachstehenden kurz zusammengefaßt worden.

Personenkreis.

Das Gesetz umfaßt die zur Klasse der Unteroffiziere und Gemeinen gehörenden Personen des Soldatenstandes, der kaiserlichen Marine und der Schutztruppen, die Angehörigen des auf dem Kriegsschauplatz verwendeten Personals der freiwilligen Krankenpflege (Zugführer, Zugführerstellvertreter, Gruppenführer, Krankenpflegerinnen, Krankenträger usw.) sowie die Witwen der vorstehend genannten Militärpersonen der Unteroffiziersklasse.

Voraussetzung ist, daß die Personen aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges auf Grund des Wagnisabfindungsgesetzes vom 31. Mai 1906 oder des Militärinterbenediktengesetzes vom 17. Mai 1907 eine Kriegsverwundung erhalten, das 21. Lebensjahr vollendet und das 55. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben.

Ausnahmeweise können auch Verwundete zugelassen werden, die den 55. Lebensjahre zugehört haben.

Verwendungszweck.

Die Abfindung kann bewilligt werden zur Ansiedlung und Schaffung durch Erwerb eines Grundstücks; es macht dabei keinen Unterschied, ob es sich um landwirtschaftliche oder gärtnerische Betriebe, um Handwerker- oder Arbeiterstellen oder um städtische Heimstätten handelt. Auf die Befristung kommt es nicht an, auch Erbpacht und Erbbaurecht werden zugelassen; der Erwerb eigenen Grundbesitzes durch Beitritt zu einem gemeinnützigen Bau- oder Stiefelungsunternehmen ist in dem Gesetz besonders hervorgehoben.

Außer für den Erwerb ist die Kapitalabfindung auch zugelassen für die Erhaltung und wirtschaftliche Stärkung eigenen Grundbesitzes; es kann sich da um Regelung der Schuldenverhältnisse, um Aufbau und Wiederherstellung von Gebäuden, um Bodenverbesserungen, Weisungsveränderungen, Verbesserdüngung landwirtschaftlichen Inventars und um ähnliches handeln.

Für andere Zwecke, insbesondere für die Einrichtung von Handels- und Gewerbebetrieben, läßt das Gesetz die Kapitalabfindung nicht zu.

Grundlagen der Abfindung.

Der Abfindung können ganz oder teilweise zugrunde gelegt werden die Kriegszulage, die Verwundungszulage und die Tragenzulage, letztere aber nur in der Höhe der Kriegszulage. Die Umwandlung der Rente oder eines Teiles derselben in Kapital ist nicht zulässig.

Die Bezüge der Kriegserwitwen können kapitalisiert werden bis zum Jahresbetrage von 300 M., wenn es sich um die Witwe eines Feldwebels, von 250 M., wenn es sich um die Witwe eines Sergeanten oder Unteroffiziers und bis zur Höhe von 200 M., wenn es sich um die Witwe eines Gemeinen handelt.

Berechnung der Abfindung.

Die Abfindung erfolgt auf Grund einer Tabelle, die sich nach dem Lebensalter richtet und z. B. bei dem 21. Lebensjahre das 18 1/2fache, beim 30. Lebensjahre das 16 1/4fache, beim 40. Lebensjahre das 13 1/2fache und beim 55. Lebensjahre das 8 1/4fache der zu kapitalisierenden Jahresbezüge gewährt. Bei Kapitalisierung der Kriegszulage (180 M.) und der einfachen Verwundungszulage (324 M.) kann der Einwandungszulage 3330 + 6094 = 9324 M. und der Fünftundfünfzigjährige 1485 + 2673 = 4158 M. erhalten.

Nachgehend ist das Lebensjahr, das der Antragsteller in dem auf den Antrag folgenden Jahre vollendet.

Sicherungsmaßnahmen.

Um den Verwendungszweck nach Möglichkeit zu einem dauernden zu gestalten und einem Verlust des Abfindungskapitals nach Möglichkeit vorzubeugen, sieht das Gesetz im Interesse der Abgefundenen verschiedene Sicherungsmaßnahmen vor.

Die Auszahlung hat so zu erfolgen, daß das Geld nur für den angegebenen Zweck Verwendung findet, auch ist durch geeignete Maßnahmen (Eintragung einer Sicherungshypothek und dergleichen) dafür zu sorgen, daß das Grundstück nicht alsbald weiter veräußert wird.

Die Eintragung einer Sicherungshypothek kann auch verlangt werden, um die Rückzahlung der Abfindung für den Fall der Veräußerung des Zwecks der Kapitalabfindung oder für den Fall der Wiederverheiratung einer abgefundenen Witwe sicherzustellen.

Rückzahlung der Abfindungssumme. — Wiederaufleben der Versorgungsbefähigung.

Auf Erfordern der Militärbehörde ist die Abfindungssumme zurückzuzahlen, wenn sie nicht innerhalb einer bestimmten Frist für den angegebenen Zweck verwendet ist oder wenn der Zweck der Kapitalabfindung vereitelt wird. Im letzteren Falle beschränkt sich die Verpflichtung zur Rückzahlung auf den Betrag, auf den die Abfindungssumme festzusetzen gewesen wäre, wenn der Abgefundenen den Antrag auf Kapitalabfindung im Zeitpunkt der Rückforderung gestellt hätte. Die Versorgungsbefähigung leben mit dem auf die Rückzahlung folgenden Monatsersten wieder auf.

Das gleiche gilt bei freiwilliger Rückzahlung der Abfindungssumme, die genehmigt werden kann, wenn der Abgefundenen zur Erlangung einer anderen Erwerbsmöglichkeit das Grundstück weiter veräußert oder wenn andere wichtige Gründe vorliegen. Der Berechnung des zurückzuzahlenden Betrages ist in diesem Falle der Zeitpunkt der Rückzahlung zugrunde zu legen.

Wiederverheiratung abgefundener Witwen.

Wenn eine abgefundene Witwe sich wieder verheiratet, so hat sie die Abfindungssumme zurückzuzahlen; hiervon werden jedoch in Abzug gebracht die durch die Abfindung erloschenen, bis zur Wieder-

verheiratung fällig gewordenen Versorgungsgebühren und ferner der dreifache Jahresbetrag dieser Beträge. Diegen besondere Umstände vor, so kann von der Rückzahlung ganz oder teilweise abgesehen werden.

Verfahren.

Die Anträge auf Kapitalabfindung sind ebenso wie die sonstigen Anträge um militärischen Versorgungsbedarf von Kriegsbeschädigten beim Bezirksfeldwebel, von Kriegserwitwen bei der Ortspolizeibehörde anzubringen, wo sie auch Auskunft über das weitere Verfahren, das noch durch Ausführungsbestimmungen des Bundesrats und der einzelnen Bundesstaaten zu regeln ist, erhalten.

Die Entscheidung über die Kapitalabfindung trifft die oberste Militärverwaltungsbehörde (Kriegsministerium des betreffenden Kontingents, Reichsmarinamt, Reichskolonialamt).

„Ein Wort an Scheidemann.“

Unter diesem Titel finden wir in der „Humanität“ vom 4. Juni folgenden offenen Brief des Genossen Emile Vanderbelde: „Scheidemann hat kürzlich eine Broschüre mit dem Titel „Es lebe der Friede!“ veröffentlicht.“

Versteht man ihn recht, so hätten die deutschen Sozialisten keine Verantwortlichkeit an der Verlängerung des Krieges. Sie würden ihm auf der Stelle die entschlossenste Opposition machen, wenn dieser Krieg fortgesetzt werden sollte, um Eroberungen zu machen. Wenn sie sich darin ergehen hätten, für die Kriegskredite zu stimmen, so einzig und allein zum Zweck der Verteidigung; weil die Alliierten bei der Ueberzeugung beharren, Deutschland militärisch zu bezwingen oder es wirtschaftlich zu erdrosseln.

Ich beabsichtige nicht, auf solche Versicherungen noch einmal mehr zu antworten. Der Grund versteht sich von selbst. Nach der letzten Rede des Kanzlers Bethmann Hollweg, die in formellen Ausdrücken territoriale Ausdehnung nach Osten und Westen verlangte, muß man sich fragen, wie Sozialisten noch behaupten können, daß der Kaiser keinen Eroberungskrieg unternommen habe? Aber niemand ist lauer als die, die nicht hören wollen, und ich verzweifle daran, Philipp Scheidemann zu überzeugen.

Ich wünsche nur, eine Stelle seiner Broschüre hervorzuheben, die auf mich persönlich geht.

„Brüder! — sagt er — war der Sitz des Internationalen sozialistischen Bureau's. Der Präsident der Internationale, das heißt derjenige, der den höchsten Vertrauensposten inne hat, den das Proletariat begeben kann, ist der Genosse Vanderbelde. Aber seit dem Ausbruch des Krieges ist Vanderbelde nicht nur Präsident der proletarischen Internationale; er ist auch Staatsminister des Königs der Belgier. Niemals hätte es ein Genosse für möglich gehalten, daß der Präsident der Internationale zu gleicher Zeit königlicher Staatsminister sein könnte.“

Das schien in der Tat unmöglich, Genosse Scheidemann, aber es gibt viele andere Dinge, die unmöglich schienen, und die, leider, Wirklichkeit geworden sind.

Wer hätte zum Beispiel geglaubt, daß je die Sozialdemokratie in ihrer Mehrheit die Regierung des Kaisers unterstützen würde; daß sie für Kredite zum Angriff auf Frankreich stimmen würde, daß sie ohne ein Wort des Protestes den Kanzler das Geständnis ablegen hören würde, daß er gegen jeden Glauben und jedes Recht die belgische Neutralität verletzte hätte? Wer würde weiter geglaubt haben, daß Louvain niedergebrannt, Dinant geplündert würde, Tausende harmloser Zivilisten fesselt würden, ohne daß die Sozialisten der Mehrheit daran dächten, zu protestieren, oder einfach eine Enquete an Ort und Stelle machen würden?

In der Stunde der Angst, als das militärische Deutschland sich auf uns stürzte, haben wir das sozialistische Deutschland nicht gefunden, es sei denn in den Reihen unserer Feinde, in den Reihen derer, die in unser Gebiet eindringen. Und von da an konnten wir, mühen wir tun, was wir getan haben, unser Recht der legitimen Verteidigung gebrauchen, durch die Vereinigung aller, unsern nationalen Widerstand zum äußersten bringen.

Aber Scheidemann hat gegen mich persönlich eine andere Beschwerde.

Nach einem Bericht der „Indépendance Belge“ vom 31. Januar hätte ich in Versammlungen in der Schweiz gefogt:

„Die deutschen Sozialisten glauben, daß sie noch dem Krieg die unterbrochenen Beziehungen mit uns wieder aufnehmen können. Glauben sie denn, daß wir die Hand, die sie uns entgegenstrecken, ergreifen werden, während ihre andere Hand gefaßt ist vom Blut der Belgier und der Franzosen?“

Ich ergreife diese Gelegenheit, um den genauen Text dieser Stelle meiner Reden in der Schweiz wiederherzustellen, den man übrigens in der sozialistischen Zeitung von La Chaux-de-Fonds, der „Sentinelle“ wieder finden könnte.

„Die deutschen Sozialisten der Majorität schlagen uns vor, die unterbrochenen Beziehungen mit uns wieder aufzunehmen. Glauben sie denn, daß wir die Hand, die sie uns entgegenstrecken, ergreifen werden, während ihre andere Hand in der des Kaisers ist, die gefaßt ist vom Blut der Belgier und der Franzosen?“

Es ist überflüssig, auf die Verschiedenheiten der Texte, die ich schon wieder gegeben habe, hinzuweisen.

Ich möchte Scheidemann sicher nicht zum Vorwurf, die „Indépendance“ zitiert zu haben, statt der „Sentinelle“. Nichts ist schwieriger, als sich in Kriegzeiten genau zu unterrichten. Ich wünsche einfach, daß er wüßte, was ich wirklich gesagt habe, und ich füge hinzu, daß ich, indem ich das sage, die Ueberzeugung habe, das Gefühl der ungeheuren Mehrheit der belgischen Sozialisten ausgedrückt zu haben.

Vor einigen Tagen schrieb mir noch autorisierte Genossen von Belgien:

„Die belgische Arbeiterklasse ist entschlossen, alles Unglück durchzumachen, alle Leiden zu ertragen, um nicht einen deutschen Frieden zu haben, der kein dauerhafter und entschiedener Frieden wäre. Man muß sich nicht einbilden, daß man sich um unfertigen eilen möchte. Wir verlangen nicht den Frieden.“

Die Vereinigung der Sozialisten der neutralen Länder entzieht sich unserer Kompetenz. Wer wir sagen denen, die sich gern mit uns beschäftigen wollen, sich nicht durch die Idee beeinflussen zu lassen, daß wir den Frieden wünschten. Da man diese Klode lösen machen könnte, geben wir diese Erklärung, um die unheilvollen Wirkungen zu verhüten, die das Argument haben könnte.“

Das denken Menschen, die mehr als irgend jemand durch die Verlängerung der Feindseligkeiten gelitten haben und noch leiden. Sie sind Internationalisten in ihrer Seele. Sie haben wie wir alle Abscheu vor dem Krieg. Sie erdulden seit 21 Monaten alles, was ein Volk erdulden kann, um das unschätzbare Gut zurückzuerhalten: die Freiheit.

Könnten wir unter diesen Bedingungen, während die deutschen Armeen bei uns kampieren, pazifistische Besprechungen mit denen organisieren, die in ihren Abstimungen die Invasion gebilligt und die bewaffnete Befehung unseres Landes gutgeheißen haben?

Das ist moralisch unmöglich. Scheidemann und seine Freunde sollten es verstehen und nicht darauf beharren.

Emile Vanderbelde.

Wir glauben, daß manches von dem, was Vanderbelde sagt, in der offenen Aussprache einer Sitzung des I. S. V. in Rede und Gegengrede eher zu einem Ergebnis führen würde. Eine solche allgemeine Aussprache erachten wir für nötig trotz oder auch wegen der Unterstützung imperialistischer Regierungen durch sozialistische Parteien. Dabei wiederholen wir, was wir schon so oft gesagt

haben, daß wir vor allem die Genossen im eigenen Lande besämpfen, die ihre Zustimmung zu der Kriegs- und Friedenspolitik der deutschen Regierung, der sie kritisch und vertrauensvoll folgen, durch die Annahme der Kriegskredite zum Ausdruck bringen.

Aus der Partei.

Die russische Arbeiterpresse im Kriege.

Im russischen Arbeiterblatt „Rasch Golos“ (Samara) macht B. Wolgin in der Nummer vom 5. Mai, die der Agitation für den „Tag der Arbeiterpresse“ gewidmet ist, zusammenfassende Angaben über den Stand der Arbeiterpresse vor Kriegsausbruch und während des Krieges in Rußland. Noch kurz vor Ausbruch des Krieges erschienen in Petersburg drei russische Arbeiterblätter (der „Bolschewist“, der „menscheuistische“ und der „Volkstämter“-Richtung), ferner ein Arbeiterblatt in jüdischer Sprache (für den Agitationsbezirk des Nördlichen Arbeiterbundes). In der Provinz gab es damals: ein russisches Arbeiterblatt in Samara, ein lettisches in Riga, ein grussisches in Kutais, zwei polnische in Warschau und ein esthnisches in Rarwa. Außerdem erschienen in Petersburg drei marxistische Monatschriften („Produktionsgenie“, „Rascha Garja“ und „Borjba“), zwei Zeitschriften für Arbeiterversicherung und elf Gewerkschaftsorgane. Eine Reihe weiterer Gewerkschaftsblätter erschien in der Provinz.

Fast alle erwähnten Organe, die sich die russische Arbeiterklasse um den Preis unglücklicher Mühen und Opfer in den letzten Jahren allmählich geschaffen hatte, wurden vom ersten Kriegsturm fortgefegt. Erhalten blieben nur die beiden Zeitschriften für Arbeiterversicherung und das Organe der Petersburger Buchdrucker.

Unmöglich festsetz aber, trotz Militärzensur und Belagerungszustand, wieder die Bestrebungen zur Wiederherstellung der zerstörten Arbeiterpresse ein. Im Februar 1915 erscheint in Petersburg das Wochenblatt „Sewerny Golos“, das nach der ersten Nummer geschlossen wird. Im August beginnt das Wochenblatt „Iltro“ zu erscheinen, wird aber nach der zweiten Nummer inaktiviert. In Saratow erscheint das Wochenblatt „Rascha Gafeta“, wird aber nach der neunten Nummer geschlossen. Nur dem in Samara erscheinenden Wochenblatt „Rasch Golos“, von dem jetzt 30 Nummern erschienen sind, die in steigendem Maße im ganzen Reich Verbreitung finden, ist eine längere Lebensdauer beschieden.

Außer den genannten wurden während des Krieges noch einige Arbeiterblätter gegründet, die aber nur ganz kurze Zeit bestanden. Zurzeit erscheinen außer dem Arbeiterblatt in Samara ein Blatt im Kubangebiet, zwei Gewerkschaftsorgane (der Textilarbeiter und der Buchdrucker) und zwei Zeitschriften für Arbeiterversicherung in Petersburg.

Sozialdemokratischer Jugendtag in der Schweiz.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben:

2000 jugendliche Genossen und Genossinnen aus allen Teilen der Schweiz kamen an den Pfingsttagen in Luzern zusammen, um sich ersten und heiteren Stunden in großer Gemeinschaft zu widmen. In einer Versammlung unter freiem Himmel redete Genosse Robs, Redakteur des „Volkrechts“ in Zürich, über die Fragen der Zeit, den künftigen Sieg des Sozialismus feiernd, während der Jugendsekretär Genosse Mänzberg-Zürich die Größe der ausländischen Jugendorganisationen der Versammlung zur Kenntnis brachte. Am Pfingstsonntag abend wurden die „Weder“ von Hauptmann aufgeführt.

Am Pfingstmontag fuhr die ganze Jungmannschaft mit zwei Dampfzügen auf dem Vierwaldstättersee nach Fluelen, von wo es nach Altdorf ging. Hier hielt Parteisekretär Genosse Fährdrich-Zürich vor dem Teil-Denkmal eine glänzende Ansprache an die Jugend, sie dafür begeistern, das Befreiungswort zu vollenden, das Teil erfolgreich begonnen.

Befähigung eines sozialdemokratischen Gemeindevorsteher's.

Von der Gemeindeversammlung in Gellershausen bei Bielefeld ist Genosse Drechsler, Redakteur der Bielefelder „Volkswacht“, zum stellvertretenden Gemeindevorsteher gewählt worden. Am 10. Juni ist die Befähigung erfolgt und Genosse Drechsler in sein Amt eingeführt, dessen Dauer zunächst sechs Jahre läuft.

Die dortige Gemeindevormalung besteht in ihrer übergroßen Mehrheit aus Sozialdemokraten.

Berichtszeitung.

Wegen Ueberschreitung der Höchstpreise

Bei Getreidelieferungen hatte sich der Kaufmann Emil Plehner Inhaber einer Handlung mit Getreide und Futtermitteln, vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Auf Grund der Beweisaufnahme, in der auch ein Beamter der Landwirtschaftskammer vernommen wurde, wurde der Angeklagte für überführt erachtet, in bedeutendem Umfange sich im Sinne der Anlage schuldig gemacht zu haben. Staatsanwalt Schindler beantragte 10 000 M., das Gericht erkannte auf 5000 M. Geldstrafe.

Post-Hamster.

Große Bemerkungen im Amte führten gestern die Postschaffner Johann Kaschewicz und Johann Fischholz, sowie der Postausbehalter Wilhelm Oehlke vor die 8. Strafkammer des Landgerichts I. Die auf dem Postamt 40 auf dem Pöthner Bahnhof beschäftigt gewesen Angeklagten waren beschuldigt, in der Zeit vom August 1915 bis zum Februar 1916 zahlreiche dort von außerhalb ankommenden Pakete mit Butter und Fleischwaren aller Art gestohlen, Begleitcheine beiseite geschafft und Briefe vernichtet zu haben. Oehlke ist nur bei dreien dieser verbrecherischen Akte beteiligt, die übrigen Fälle kommen auf das Konto der beiden schon lange im Amte gestandenen Beamten, die ihrerseits wieder behaupten, von dem Postausbehalter verführt worden zu sein. Während die Angeklagten in der Voruntersuchung geständig waren und Oehlke auch bei seinem Geständnis verblieb, widerriefen die beiden ersten ihre Schuldbekennnisse mit der unglücklichsten Dreistigkeit und bequemen sich erst dann wieder zu einem Geständnis, als der Termin vertagt und sie in Untersuchungshaft genommen werden sollten. Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme hat 3. nach Uebereinkommen mit den beiden anderen Pakete-beiseite gestellt und unauffällig dem Oehlke in die Hände gespielt, der sie dann weiter beförderte. Die Ermittlungen ergaben, daß auf diese Weise mindestens 25mal Jahnfund-Pakete Butter entwendet worden sind. In der Wohnung des 3. traf man bei der Hausdurchsuchung auf eine wahre Hamsterhöhle. Außer Butter wurden zahlreiche Zigarren, Tabak, Zigaretten, Käse, Seifen, Schinken, Bürste, Taschenlampen u. a. m. vorgefunden. Die Strafkammer verurteilte Kaschewicz zu zwei Jahren, Fischholz zu sechs Monaten Gefängnis, auch wurde beiden die Befugnis zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf 3 Jahre abgesprochen. Oehlke erhielt ein Jahr sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft.

Zur Verurteilung eines Naturheilkundigen

Bittet uns der Deutsche Bund der Vereine für naturgemäße Lebens- und Heilweise (Naturheilkunde) E. R., der seinen Sitz in Berlin hat, mitzuteilen, daß der Verurteilte Eduard Schulz sich zu Unrecht „Naturheilkundiger“ nenne; schon die Verwendung homöopathischer Mittel, wie Quecksilberpräparate, Salpetersäure, Arsenit usw. beweise dies. Das Naturheilverfahren werde derartige Mittel nicht an. Die Naturheilkundigen beeinflussen den ganzen Körper auch in akuten Fällen ursächlich mit physikalisch-diätetischen Heilmitteln, mit anregenden oder beruhigenden Wärme- und Kälte- reizen, durch Wasser, Licht, Luft, sowie mit vernünftiger Diät. Der Verurteilte steht weder zu dem Deutschen Bund noch zu dem Verein deutscher Naturheilkundigen in irgendeiner Beziehung und hat den Namen „Naturheilkundiger“ zu Unrecht benutzt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung

in den Arminiahallen, Kommandantenstr. 58/59.

Fortsetzung der Generalversammlung vom 30. Mai.

209/18* Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

in den „Musiker-Sälen“, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

Tagesordnung:

222/7*

1. Geschäftsbericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des Vorstandes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den „Pharus-Sälen“, Müllerstraße 142:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

127/2*

1. Stellungnahme zur Verbandsgeneralversammlung. 2. Bestätigung der Delegierten. 3. Erledigung der gestellten Anträge.

Die Legitimation erfolgt durch die Delegiertenkarten.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 20. Juni 1916, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von D. Stein, Stralauer Brücke 3:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes.
2. Bericht der Kommissionen.
3. Neuwahl des gesamten Vorstandes und der Kommissionen.
4. Bestätigung der Abteilungs- und Bezirksführer und der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung.
5. Verschiedenes.

304/4*

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Finienstr. 83-85.

Telephon: Amt Norden 185, 1230, 1987, 9714.
Bureau geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr.

Achtung! Achtung!

Dienstag, den 20. Juni 1916, abends 6 Uhr:

Versammlung der Metalldrücker und Polierer Groß-Berlins

in Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 1.

Tagesordnung:

1. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
2. Diskussion.

Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingte Pflicht. Besonders eingeladen sind die arbeitslosen Kollegen.

118/16 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Telephon: Amt Worpplatz 10023, 3578. Bureau: Rungestraße 30.

Heute Sonntag, den 18. Juni, vormittags 10 Uhr:

Bezirksversammlungen der Einseher

in den bekannten Lokalen.

Vertrauensmännerversammlung: Tischler, Bezirk Süden.

Mittwoch, den 20. Juni, abends 5 1/2 Uhr, bei Ewald, Schönleinstr. 6.

Tagesordnung:

1. Bericht von der außerordentlichen Generalversammlung. 2. Feuerungsulagen und sonstige Verbandsangelegenheiten.

Achtung!

Achtung!

Die Verbandsbeiträge werden Sonnabends in den bekannten Lokalen, abends von 7 bis 9 Uhr, entgegen genommen. — Das Verbandsbureau wird Sonnabends um 6 Uhr geschlossen.

58/1 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Dienstag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Volkshause, Rosinenstraße 4.

Tagesordnung:

Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. Vorschläge. Diskussion. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um recht zahlreichen Besuch bittet

280/14

Der Vorstand.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Verband der Hut- u. Filzwarenarbeiter u. -Arbeiterinnen Deutschlands. Verwaltung Berlin.

Am Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:

Allgemeine Versammlung

für alle in Groß-Berlin beschäftigten und arbeitslosen Textilarbeiter und -Arbeiterinnen und Wollhutarbeiter.

Tagesordnung:

„Die Erwerbslosenfürsorge für die Textil- und Wollhutarbeiter in Groß-Berlin“. Referenten: Franz Rogge (Textilarbeiterverband), Max Rödel (Hutmacherverband).

NB. Laut amtlicher Bekanntmachung des Magistrats Berlin vom 6. Juni d. J. soll rückwirkend ab 1. Mai d. J. an alle in der Textil- und Wollhutarindustrie Beschäftigten, welche aus Kriegsursachen nicht voll beschäftigt oder völlig arbeitslos sind, eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln gewährt werden. Es ist deshalb notwendig, daß die in Frage kommende Arbeiterschaft dieser Einladung Folge leistet, um sich vor Schäden zu bewahren. 190/5 Kommen sollen alle, die in diesen beiden Industrien beschäftigt sind. Für den Hutmacherverband Für den Textilarbeiterverband Max Rödel, Berlin, Engelauer 15. Max Grubel, Berlin, Andreasstr. 17.

Westmann's Trauermagazin
Größte Auswahl. Billigste Preise.
I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)
II. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahlsendungen sofort. Amt Zentrum 7890.
Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

Billige Schmierseife
(Erfolg) zum Schäumen und Händewaschen. 10 Pfd.-Dose 4 R. per Nachh.
A. Schlochaner, 222/5*
Berlin-Schöneberg, Starnborger St. 1.

Kranzspenden sowie sämtliche **Blumenarrangements**
Liefer schnell und billig **Paul Gross**, Lindenstr. 69, Tel. Wpl. 7203.

Spezialarzt
für Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beinfranke jeder Art, Ehrlich-Hata-Kuren, Friedrichstr. 81, gegenüber Borscht. 9-11, 1/2, 3-5, Sonntags 9-2. Honorar mögl. auch Teilzahl. — Separates Damenzimmer. —

Für Konsumvereine!
Ich empfehle: **Fischwürste** große geräucherter Fisch, gebraten eine Dolkatasse, Pfund 150 Pf., Fah 50 und 100 Pfund. Eine Chemnitzer Firma schreibt: Senden Sie mir so viel wie möglich!

Für Konsumentvereine!
Geräucherte **Butt**, mit Schmalz befrüchtigt.
Geräucherte Fische, sehr billig.
Rohmops 400 Stück 44 Mark.
Bismarckheringe 100 Stk. 15 R.
Euppenwürfel 2 1/2 Pfennig.
P. N. Eriksen, Haberdosen, Schleswig.
Senden Musterlieferung!

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung.
Sprechstunden: 10-1 und 5-8.

Starke Damen
und Herren erhalten wieder schlanke Formen durch reiches **Gratzano-Erzetzungssteer**, reines Pflanzenprodukt, dessen unschädlich, natürl. Wirkung wissenschaftlich anerkannt ist. Ohne strenge Diät wird jede ungewöhnl. u. beschwerliche Körperlast, starke Leber, breite Hüften, Doppelkinn etc. beseitigt. 25jährige glänzende Erfolge. Paket 250 M.
Otto Kofehl, Berlin 44 Eisenbahnstr. 4.

Für Schuhmacher!
Große Oberleder, alle Sorten Ober- und Unterlederabfälle. Lagerbestand sehr reichhaltig.
Bruno Sensfuß, Berlin-Weihensee, Langhausstraße 33.

Todes-Anzeigen
Uns Opfer des Weltkrieges starb am 4. Juni im Feldlazarett an den Folgen einer Granat-Splitterverwundung unser Kollege, der Jäger
Max Rohmoser
3. Komp., Jäger-Batt. 3.
Er war uns ein lieber Kollege und werden wir ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Schmiehe der Firma **Max Haffé u. Co.**

Verh. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Berlin.
Unsere Mitglieder hiermit zur Nachricht, daß der Herrenschneider
Otto Haubold
geb. 3. 7. 1870
am 15. Juni gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 18. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee, statt.
163/7 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser
Walter Michael
Weißbachstraße 2
am 14. Juni gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 19. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weihensee, Lichtenberger Straße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
118/15 Die Ortsverwaltung.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter, Filiale Groß-Berlin.
Unsere Mitglieder zur Nachricht, daß die Kollegin
Wilhelmine Schulz
welche im Betriebe des Schlacht- und Viehhofes beschäftigt war, verstorben ist. 33/15
Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Bestattung findet am Montag, den 19. Juni, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Barockkirchhofes in Vogsdagen aus statt. Die Ortsverwaltung.

Am 14. Juni entfiel sanft und unerwartet mein lieber Mann und treuerster Vater meines einzigen Kindes 1833
Walter Michael
im noch nicht vollendeten 40. Lebensjahre.
Um stille Teilnahme bittet im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Margarete Michael
und Sohn Erwin.
Die Beerdigung findet am Montag, den 19. Juni, nachm. 5 Uhr, von der Halle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weihensee aus statt.

Fern von seinen Lieben fand den Tod in Feindesland mein innigster lieber Mann, meines Sohnes liebevoller Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Unteroffizier
Karl Bogasch
R.-A. R. 51, 5. Komp.,
im blühenden Alter von 31 Jahren.
Dies zeigt im tiefsten Schmerz an
Mara Bogasch nebst Sohn, Bruder, Schwager und Onkel.
Sollt Du in fremder Erde zur Ruh' geduldet sein,
Du wirst in unserem Herzen doch nie vergessen sein.
Ruhe sanft in Feindesland.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Wilhelm Splinter
am 17. d. Mts., im Alter von 65 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Stahnsdorf aus statt.

Den Mitgliedern jetzt zur Nachricht, daß unser Kollege, der Vater
Otto Röhr
von der Firma Schwabe u. Co., Köpenicker Str. 116, am 15. d. Mts. im Alter von 32 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 19. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes Weihensee, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung eruchtet
65/14 Die Bezirksverwaltung.



Jogal
Rasch und sicher wirkend bei:
Gicht Hexenschuß
Rheuma Nerven- und Ischias Kopfschmerzen
Kerzil glänzend begünstigt. — Hunderte von Anerkennungen. Ein Versuch überzeugt. Jogal-Tabletten sind in allen Apotheken erhältlich. Preis 2 R. 1.40 u. 2 R. 3.50.



Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Am 8. Juni fiel im Alter von 43 Jahren der **Uffizier Max Zugwurst**
Kornblüthenstr. 46, Bezirk 333.
214/13 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am 15. Mai fiel der 45jährige **Kaufmann August Kliem**
Wiesenstr. 29, 14. Udt. Bez. 699a.

Am 8. Juni verstarb im Lazarett der 28jährige **Bäcker Bernhard Weihs**
Schwebler Str. 248, 2. Udt. Bez. 508.
227/8 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Am Felde gefallen ist der **Mohrfleger August Schade**
Schiller-Promenade 8, 21. Bezirk
238/2 Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 19. Mai 1916 fiel unser Genosse
Reinhold Lorenz
Klauer Str. 8 wohnhaft.
13/9 Sozialdemokr. Wahlvor. Niederbarnim. Bez. Lichtenberg.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen
Kollegen.

Emil Boog, Gärtler,
geb. 28. 2. 1898 in Berlin.

Otto Born, Werkzeugmacher,
geb. 19. 11. 1895 in Berlin.

Hans Grawe, Schlosser,
geb. 5. 8. 1895 in Berlin.

Oskar Großbeck, Arbeiter,
geb. 11. 1. 1894 in Berlin.

Reinhold Lorenz, Werkzeugmacher,
geb. 27. 8. 1887 in Berlin.

Paul Ludwig, Mechaniker,
geb. 27. 11. 1889 in Berlin.

Fritz Mareck, Dreher,
geb. 16. 1. 1891 in Rixdorf.

Rudolf Marzahn, Schlosser,
geb. 7. 10. 1889 in Rixdorf.

Georg Mellenthin, Schlosser,
geb. 27. 1. 1888 in Wiffel.

Wilhelm Müller, Schlosser,
geb. 11. 9. 1886 in Berlin.

Erich Neubauer, Anschläger,
geb. 7. 7. 1889 in Berlin.

Richard Pabst, Schlosser,
geb. 5. 4. 1878 in Bamberg.

Willi Radowitz, Schlosser,
geb. 23. 2. 1889 in Herzberg.

Hugo Rindler, Dreher,
geb. 12. 11. 1898 in Berlin.

Fritz Schneider, Mechaniker,
geb. 2. 7. 1895 in Järlow.

Gustav Schwarz, Schlosser,
geb. 11. 6. 1872 in Soboda.

Hans Wadsack, Schlosser,
geb. 25. 5. 1895 in Berlin.

118/14 Die Ortsverwaltung.

Dem Beltritte zum Opfer fiel
am 8. Mai 1916 nun auch unser
weiterer heilgeliebter Sohn und
Bruder

Willi Hecking
Infanterie-Regiment 52
im noch nicht vollendeten 20. Le-
bensjahre.

Die tiefbetrübten Eltern und
Geschwister
Max Hecking,
Fehlendorf (Wannseebahn),
Willy fröh verließst Du die
Welten, die in der Heimat bitt're
Tränen um Dich weinen. Fern
von der Heimat, in fremdem
Land, da ruhest Du nun, geliebter
Willy, Dein Grab schmückt keine
liebende Hand, drum schmiden
wir Dein Bild hier im Aßen Heim,
als sollt es Dein Grab in der
Heimat sein.

D Schicksalsmacht, noch lassen
wir es kaum. — So bist du hin,
unser schönster Traum!

In trauriger Erinnerung Deine
Dich nie vergessenden armen
Eltern und Geschwister.

Auf dem Schlachtfelde fiel unser
treuer Kollege und Genosse, der
Rüstfänger

Julius Hein
im Alter von 43 Jahren.
Wir werden Deiner nie ver-
gessen.

Das Gesamtpersonal
der Zentrale Lichtenberg der
Konsumgenossenschaft Berlin
und Umgegend.

Gewidmet zum Sterbetage
unseres unvergesslichen Sohnes
und Bruders, **Musikfrier**

Artur Schulz III
Reg.-Inf.-Regiment 370, 2. Komp.
verwundet am 14. VI., gestorben
18. VI., begraben 30. VI. 1915.

Heut ist ein Jahr dahingegangen,
Das Dich hat der Tod ertötet,
Täglich bluten nun die Wunden,
Steter Gram in uns liegt weilt.
Nicht, Du bist so früh geschieden,
Schuldlos sanft Du in das Grab,
Aber Deiner Eltern Auge,
Nahmt Du, geliebter Sohn, mit
Dir hinab. 1262

So schial denn wohl, Du lieber
Sohn,
Du starbst so jung, Du starbst so
fröh,
Dein Vater, Mutter, Bruder,
Werden Dich vergessen nie.
Schlaf wohl, geliebtes Bruderherz,
Dir der Liebe, uns der Schmerz,
Familie H. Schulz,
Berlin, Göttschestr. 12.

Allen die Deiner liebevoll im
Felde gedachten, besten Dank.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Wilmersdorf.**
(Statt besonderer Anzeige.)

Nach und unerwartet entsetzt der
Tod am 15. Juni unseren
Parteilgenossen

Otto Haubold
dem Kreise seiner Familie und
seinem Wirken in der Partei.

Stets bereit, für seine Ideale
sein Bestes zu opfern, war er auf
verschiedenen Gebieten im Inter-
esse seiner Klassenossen tätig.
Trotz vermeintlich leichter Er-
krankung verließ er bis zuletzt
das Geschäftsführeramt im Wahl-
verein. Wir betrauern in dem
Verbliebenen einen lieben, treuen
Genossen, dem wir stets ein
ehrenvolles Andenken bewahren
werden. 196/6

Wilmersdorf, Ufflandstr. 130,
den 17. Juni 1916.

Der Vorstand des Wahl-
vereins.

Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 18. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Friedhofe
der Freiheitlichen Gemeinde in der
Vappelsallee statt.

Wir eruchen die Partei-
genossinnen und Genossen, sich
zur Teilnahme zahlreich einzu-
finden. D. C.

Als Opfer dieses Krieges fiel
am 19. Mai 1916 durch Granat-
volltreffer mein über alles ge-
liebter, guter Mann, der liebe
Vater seiner beiden Kinder, der
Landsturmmann

Reinhold Lorenz
Reg.-Inf.-Reg. 208, 10. Komp.,
im Alter von 28 Jahren. 1182

Im tiefsten Schmerz
Johanna Lorenz geb. Galley
und Kinder, Bruno und Otto.
Im Herzen bist Du ewig mein.
Lieber Papa, schial in Frieden.

Als Opfer dieses Weltkrieges starb
infolge Herzschlages am 6. Juni
im 40. Lebensjahre mein lieber
Mann, Sohn, Bruder und Onkel,
der Wehrmann

Wilhelm Plöse
aus Schönberg, Sachsendamm 53.
Wäge Dir die fremde Erde leicht
werden!

Im tiefstem Schmerz 8346
**Deine Frau, Mutter,
Geschwister und Schwager.**

Als Opfer des Weltkrieges fiel
am 8. Juni 1916 mein innig-
geliebter Mann, Vater von seinen
vier lieben Kindern, Bruder,
Schwiegerjohn, Schwager und
Onkel, der Musikfrier

Oskar Großbeck
vom Infant.-Reg. Nr. 95
im Alter von 39 Jahren.

In tiefem Schmerz
**Deine Gattin
Klara Großbeck geb. Scholz**
nebst Kindern u. Hinterbliebenen.
Ein einsames Grab, vom Sturm
umrollt,
Keine Blume drauf, keine Schrift
von Gaid.
So schial denn wohl, als Feld
1377/1
gebettet.
Rein Kampf ist mehr Deine Ruh'.
Du bleibst uns ewig unvergessen.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.**

Am 15. Juni verstarb nach
kurzem Krankenlager im hiesigen
Garnisonlazarett unser Genosse,
der Wehrmann

Friedrich Kollatz
Greifswalder Str. 163.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Montag, den 19. Juni, nach-
mittags 5 Uhr, auf dem Gar-
nisonfriedhof in der Müllerstraße
statt. 222/8

Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.**
13. Abt. Bez. 676.

Am Freitag, den 16. Juni, ver-
starb im Vereinlazarett, Mo-
derner Krankenhaus, unser Genosse,
der Gastwirt

Hermann Siebert
Wilt-Rosbit 109.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 8 Uhr, im Krematorium,
Berchstr. 87/88, statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand. 227/4

**Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 5. Berliner Reichstagswahlkreis.**

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass am Donnerstag, den 15. Juni,
der Genosse

Johann Jakobi
Schlosser, Kleine Alexanderstr. 14,
3. Abteilung verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, von
der Halle der Gedwiggemeinde,
Hohenschönhausen - Wilhelmshagen,
aus statt. 222/9

Der Vorstand.

**Verband der freien Gast- und
Schankwirte Deutschlands.**
Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass der Kollege

Hermann Siebert
(Wiltstr. 16, Bezirk 1)
als Soldat im Lazarett in Berlin
verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am
Montag, den 19. Juni, nach-
mittags 8 Uhr, im Krematorium
Berchstr. 87/88, statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung. 74/8

Nachruf
zum Sterbetage meines am 16. Juni
1915 gefallenen innigstgeliebten
Sohnes, Bruders, Schwagers und
Onkels, des Uffziers

Max Mielitz
(Bei einer Kugelwunde - Ab-
teilung) im blühenden Alter von
27 Jahren. 1412

Im schmerzlicher Erinnerung.

Du sanft dahin, wie Rosen sinken,
Wenn sie in voller Blüte stehen;
Und heisse, bitt're Tränen fließen,
Weil wir uns nicht mehr wieder
seh'n.

Ist Deiner Mutter fröh entzissen,
Auch Deine Geschwister können
Dich nicht vergessen.
Nun ruhe sanft an des Waldes
Rand,
Die Erde ist uns unbekannt.
Ruhe sanft, Du gutes Herz,
Die der Liebe, uns der Schmerz!

Als Opfer des Weltkrieges starb
am 4. Juni 1916 infolge seiner
Verwundung unser innigstgeliebter
einzigster Sohn, Bruder, Onkel und
Neffe, der Uffziers

Karl Flemming
Infanterie-Reg. Nr. 85, 5 Komp.,
im blühenden Alter, im noch nicht
vollendeten 20. Lebensjahre.

Im namenlosen Schmerz die
tiefbetrübten Eltern

**Karl Flemming und Frau,
Margarete Flemming als
Schwester**,
Berlin, Grimmstraße 24.
Ruhe sanft, Du heilgeliebtes
Herz. 8388

Willy fröh und fern von den
Liebern fiel am 8. Juni unser
innigstgeliebter Sohn und Bruder,
der Musikfrier

Wilhelm Kränzke
im Alter von 24 Jahren.
Dies zeigen an 412

Die tiefbetrübten Eltern,
Fritz, Richard und Max Kränzke
als Brüder.

So ruhe sanft im fremden
Land, fern von den Deinen, die
Dich nie, nie vergessen werden!

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Im Felde gefallen sind folgende Mitglieder:

Max Grunwald, Uffziers, 42 Jahr alt.
Felix Leopold, Arbeiter, 40 Jahr alt.
Max Zugwurst, Uffziers, 43 Jahr alt.
Gustav Koepke, Uffziers, 34 Jahr alt.

Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksleitung. 65/18

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirk Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

Karl Bogasch, Geschäftsdieners.
Karl Grundmann, Industriearbeiter.
Otto Hildebrandt, Geschäftsdieners.
Alfred Hnida, Geschäftsdieners.
Friedrich Kollatz, Geschäftsführers.
Paul Koschwitz, Industriearbeiter.
Hermann Lemke, Warenhanddieners.
Ernst Pflamm, Geschäftsdieners.
Erich Reuter, Warenhanddieners.
Friedrich Thiele, Weinkellerarbeiters.

Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksleitung. 65/18

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Branche der Musikinstrumenten-
Arbeiter.

Allen Kollegen und Bekannten
die traurige Nachricht, dass unser
Freund und Kollege

Felix Leopold,
langjähriger Leiter unserer Branche
im Alter von 40 Jahren als Opfer
des Krieges gefallen ist.

Wir verlieren in ihm einen
freundlichen, tapferen Mann.
Sein Andenken werden wir
stets in Ehren halten. 88/2

Die Branchenkommission.

Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten die traurige Nach-
richt, dass mein lieber Mann,
unser herzenguter Vater, Bruder,
Schwager und Onkel, der Gast-
wirt

Hermann Siebert
Wilt-Rosbit 109

zurzeit Landsturmmann im Inf.-
Reg. 1/21, am 16. Juni, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, infolge einer
schweren Nierenentzündung ver-
storben ist.

Im Namen aller Hinterbliebenen
Frau Elise Siebert
8306 nebst Kindern.

Die Einäscherung findet am
Dienstag, den 20. Juni, nach-
mittags 8 Uhr, im Krematorium,
Berchstr. 87/88, statt.

Zum Sterbetage
meines lieben, bergensguten, un-
vergesslichen Mannes, meines
lieben Vaters, unseres Sohnes,
Bruders, Schwagers, Onkels und
Schwiegerjohnes, des Schlossers

Franz Krüger
(Alexander-Garde-Reg. Nr. 1)
gefallen am 19. 6. 1915.

Im schmerzlicher Erinnerung von
Deiner traurigen Gattin
Gertrud Krüger geb. Czock
nebst Tochter und Angehörigen.

Nachruf.
Trennen Gedanken zum
Sterbetage.

Am 18. Juni 1915 fand den
Heldenod mein lieber Mann,
unser guter Vater, der Gefreite

Ferdinand Döllsen.
Ein Jahr ist schon dahingegangen,
seitdem Du starbst den Heldenod.
Als Held liegst Du gebettet,
lebst nimmer zu uns zurück.
Mit den schönsten Blumen möchten
wir Dein fernes Grab schmücken.
Aber ach, wir können Dich nicht
mehr beglücken.

Wartet Dich auch fremde Erde ein,
in unseren Herzen wirst Du nie
vergessen sein.
Ruhe sanft!
Die trauernde Gattin
Antonie Döllsen u. Söhne.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.

Im Felde gefallen sind folgende Mitglieder:

Max Grunwald, Uffziers, 42 Jahr alt.
Felix Leopold, Arbeiter, 40 Jahr alt.
Max Zugwurst, Uffziers, 43 Jahr alt.
Gustav Koepke, Uffziers, 34 Jahr alt.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung. 68/3

Nachruf.
Zum Gedächtnis
an den Todestag meines un-
vergesslichen Gatten und kreis-
orgenden Vaters meines Kindes,
des Wehrmanns

Ernst Brunnerdt.
gefallen am 18. Juni 1915.

Im tiefem Schmerz
Marie Brunnerdt
nebst
Sohn, Mutter und Schwager.
Vor des Todes düstern Armen,
Du tauchst Dir auf ein Heimatbild,
Es läßt Dein Herz einiel Verbarmen
Um Deine Gattin und Deine
Kinder.

Wir müssen ohne Dich durchs
Leben wandern
Und weinen still um ein ver-
lorenes Bild.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.

Im Felde gefallen sind folgende Mitglieder:

Max Grunwald, Uffziers, 42 Jahr alt.
Felix Leopold, Arbeiter, 40 Jahr alt.
Max Zugwurst, Uffziers, 43 Jahr alt.
Gustav Koepke, Uffziers, 34 Jahr alt.

Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung. 68/3

Dem Väterringen zum Opfer
fiel am 23. Mai mein lieber Sohn,
unser guter Bruder, Schwager
und Onkel, der Musikfrier

Gustav Koepke
Inf.-Reg. 62, im Alter von
34 Jahren. — In tiefem Schmerz
Witwa Ulrike Koepke, als Mutter.
Karl Koepke nebst Frau u. Kindern.
Elise Ecko
Helene Hnize
Martha Klopke
Anna Hoffmann
als Geschwister.

Emil Koepke, zurzeit im Felde.
Fritz Ecko, zurzeit in Gefangen-
schaft.
Emil Hnize, zurzeit im Felde.
Johann Hoffmann, fiel am 20. De-
zember 1914. 172

Rudolf Koepke, zurzeit im Felde.
Ruhe sanft in fremder Erde.

Am Sonnabend, den 17. d. M.,
morgens 7 1/2 Uhr, verstarb nach
kurzem, qualvollen Leiden unsere
innigst geliebte Tochter, Schwester,
Tante und Schwägerin

Margarete Schöning
im 23. Lebensjahre. 8465

Berlin, den 17. Juni 1916.
Fährbringerstr. 2

Die trauernden Hinterbliebenen
Jul. Schöning und Frau
nebst Geschwister.

Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 20. d. M., nach-
mittags 5 Uhr, von der Halle des
Heilig Kreuz-Kirchhofes in Warten-
dorf (Eisenacher Straße) aus statt.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und herrlichen Kranz-
spenden, die mir bei der Beerdigung
meiner unvergesslichen Gattin und
Mutter

Anna Owezarszak
geb. Krüger

zutell wurden, sage ich allen Ver-
wandten, Bekannten, sowie den
Mitgliedern des Hauses Quittenstr. 28,
den Kollegen und Kolleginnen der
Firma E. Julewitsch u. Co., Udt.
Schranke, dem Verein, dem Bazarverein, den
Kollegen der Waffen- und Munitions-
fabrik meinen herzlichsten Dank.

Für die liebevolle Teilnahme bei
der Beerdigung meines lieben
Mannes, unseres Bruders, Schwagers
und Onkels, des Gastwirts

Karl Spaet

sagen wir allen Verwandten, Be-
kanten, Freunden und Genossen,
insbesondere dem Stadtvorstand
Walder Wasse für die kostbaren
Worte am Sarge, dem Wahlverein
des 4. Berliner Wahlkreises, dem Ver-
band der freien Gast- und Schank-
wirte, dem Verein „Delphin“ sowie
dem Sängerkreis unseren herz-
lichsten Dank. 8458

Die trauernden Hinterbliebenen.

und recht beachtliche Methode der Kohlanbauzeit überhand zu nehmen drohte, schritt die Behörde ein und untersagte ein Verarbeiten von Körnerjaat. Die Bauern waren übrigens um eine Begründung ihres Tuns nicht verlegen. Sie erklärten, daß sie die Kieder nur deshalb umgepflügt hätten, weil „de Saat gar so dünn wiplopen weer“. Nebenfalls steht fest, daß die Kohlbauern in der fruchtbaren Marsch während der Kriegszeit gewaltige Summen Geldes allein am Kohlhandel eingeheimt haben. Auch im kommenden Herbst winkt eine reiche Ernte. Öffentlich sorgt man dafür, daß auch für die Bevölkerung Kohl zu erschwinglichen Preisen referiert wird. Durch Inserate, die dg. lauten: „Jedes Quantum kauft usw.“ wird natürlich nur die Begehrlichkeit ins Uferlose gesteigert.“

Es ist dies dasselbe Bild, welches wir kürzlich bei der Verpackung der Obstbäume in einigen Gegenden Schlesiens sahen. Wir können deshalb auch hier nur wieder die Forderung aufstellen, daß die Höchstpreise für Kohl (auch als Konserve) nur gemäß ihres Produktionswertes festgesetzt werden. Auf die Spekulanten — seien es nun Landwirte oder Händler — darf unter keinen Umständen Rücksicht genommen werden.

Gerechte Strafe für Lebensmittelfälscher.

Das Hamburger Schöffengericht 4 hat den Geschäftsführer der Danja-Brotfabrik Karl Züsch wegen vorsätzlichen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu einem Jahr Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe, eventuell weiteren 200 Tagen Gefängnis, und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf zwei Jahre verurteilt. Der Gefelle Ludwig Richter wurde wegen vorsätzlicher Verfälschung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten haben in der Zeit vom 1. bis 13. März 21 426 sogenannte Maisbrote angefertigt und verkauft, die fünf Prozent Strohmehl und anderen gesundheitsschädlichen Zusatz enthielten.

Ein rätselhafter Getreidebeschädling behnt sich, wie aus Pflanzenbürg geschrieen wird, in der Feldmark von Gallenried sehr unangenehm aus. Auf den Roggenfeldern werden die Ähren infolge noch unangefahreter Einflüsse vom Halm losgetrennt und abgeknüpft auf der Erde borgefunden. Die Ähren werden von unten herauf befallen. Die ungemöhnlichen Beschädigungen sind bereits stark auf die angrenzenden Fluren preußischer Felder übergegangen.

Ein Schäfer, der eine Herde stiehlt. Als ein großer Gauner hat sich der Schäfer Emil Liebing aus Thierbach erwiesen, der eine seiner Obhut anvertraute Schafherde einfach fortgetrieben und zum Teil verkauft hatte. Er hat dafür vom Eisenacher Landgericht sieben Jahre Zuchthaus erhalten. Jetzt hatte er sich vor der Weintarer Strafkammer wegen verschiedener anderer Diebstähle, so zweier Aderpferde, zu verantworten. Unter Einbeziehung der erwähnten und einer ihm in Kopih zubilligten Zuchthausstrafe wurde Liebing zu insgesamt vierzehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Eine Frau mit zwei Männern. In eine unangenehme Lage ist eine Arbeiterfrau aus Ruppersteg im Kreise Solingen geraten. Sie erhielt im Oktober 1914 von dem Regiment ihres Mannes, das im Osten stand, die Mitteilung, daß ihr Mann gefallen sei. Alle an ihn geschickten Postkarten, Briefe und Pakete kamen wieder zurück mit dem Vermerk: „Adressat gefallen.“ In der katholischen Kirche, der der Mann angehörte, wurde das Seelenamt für ihn gelesen. Von einer Kasse erhielt die Frau das ihr zustehende Sterbegeld ausgezahlt; auch das vom Kaiser gestiftete Lebenslohn für Gefallene wurde ihr ausgehändigt. Da die Frau keinen Zweifel mehr am Tode ihres Mannes hatte, verheiratete sie sich kürzlich wieder mit einem Bahnbeamten aus Düsseldorf. Acht Tage nach der Hochzeit erhielt die Neuer-

mähle eine Karte aus Sibirien, auf der ihr der Totgeglaubte Mann mitteilte, daß er sich in russischer Gefangenschaft befinde und ganz wohl fühle. — Auf den vorliegenden Fall, der sich höchstwahrscheinlich im Laufe dieses Krieges wohl noch wiederholen wird, kommen die Bestimmungen des vürgerlichen Gesetzbuchs über die Wiederverheiratung im Falle der Todeserklärung eines Ehegatten (§§ 1848 bis 1852) analog zur Anwendung. Die frühere Ehe wird mit der Schließung der neuen Ehe aufgelöst. Jeder Ehegatte der neuen Ehe kann jedoch die neue Ehe auflösen.

Parteiveranstaltungen.

Sechster Wahlkreis.

Die Kreisgeneralversammlung findet am Dienstag, den 20. Juni, abends 8^{1/2} Uhr, in den Pharusäulen, Müllerstraße 142, statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Stellungnahme zur Verbandsgeneralversammlung. 2. Bestätigung der Delegierten. 3. Erledigung der gestellten Anträge. Die Legitimation erfolgt durch die Delegiertenkarten.

Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Dienstag, den 20. Juni, abends 8^{1/2} Uhr, bei Bahrendorf: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 2. Ein neuer Gemaltstreich des Kreisvorsitzenden. 3. Dankwort. Der Abend ist morgen abend im Söbdegit mit einem Vortrag der Genossin Demning.

Schöneberg. Die Mitgliederversammlung des Bahlovereins findet Dienstag, den 20. Juni, abends 8^{1/2} Uhr, im Schwarzen Adler, Hauptstraße, statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 2. Diskussion. 3. Wahl von Delegierten zur Groß-Berliner Generalversammlung. Mitgliedbuch mit Beiträgen bis Februar d. J. legitimiert, ohne daselbe kein Zutritt.

Steglitz. Donnerstag, den 22. Juni, abends pünktlich 8^{1/2} Uhr, findet bei Scheibele, Ahornstr. 15a, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ahornstr. 5, IV. Hofcafé, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrags ist ein Kuchstabe und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anträgen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

— C. R. 100. 1. Eine bestimmte Einkommensgrenze ist dafür nicht festgesetzt; das richtet sich nach Ihren persönlichen Verhältnissen. Der Verdienst Ihrer Frau wird Ihrem Einkommen zugerechnet. 2. Die Gemeinde, in dem das Kind seinen Wohnsitz hat, muß zahlen. 3. Bei kinderloser Ehe erbt der überlebende Ehegatte die Hälfte, den übrigen Nachlass erben zunächst die Eltern oder Geschwister; wenn die verstorben sind, fällt das Erbe auf die Großeltern. 4. Deutsche Nationalität. — G. S. 99. 1. Sie können gegen Ihren Mann Klage auf Unterhaltsgelder einleiten. 2. Schadanspruch können Sie nur stellen, wenn die Ehe wegen Ehebruch gerichtlich geschieden ist. — F. S. 01. Der Sohn hat Anspruch auf Invalidenrente. Die Rente wird solange gewährt, als die Erwerbsunfähigkeit von 66^{2/3} Prozent bestehen bleibt. Der Antrag ist unter Einreichung der Aufrechnungsbescheinigungen und der letzten Leistungsliste an das Versicherungsamt zu richten.

— G. R. 8. Ein Erbeil von nicht mehr als 500 M. ist von der Erbschaftsteuer frei. Die Steuer beträgt je nach dem Verwandtschaftsverhältnis 4—12 Proz. — H. R. Velsiger Straße, Rein. — G. S. 13. Sie müßten die Herausgabe durch Klage bewirken. — G. S. 7. 1. Ja, die öffentliche Nahrung könnte höchstens als Beleidigung aufgeführt werden. 2. Rein, die Frist der Reklamation läuft für die zum Verzechtsein Eingezogenen nicht. — A. 500. Rüdigung kann erfolgen, die Verweigerung der Annahme des Rüdigungsbriefes ist unzulässig. — G. 26. Die Kriegszulage wird nicht zum steuerpflichtigen Einkommen gerechnet. — W. B. 125. 1. Sie brauchen sich nicht zu melden. Reklamation stellt Ihnen nach Umfang der Einschätzung zu. 2. Rein. 3. Sie müssen eine Beleidigung

des Kräftigens bei der Proklamation einreichen, worauf Sie eine Anweisung an den Schlichter erhalten. — A. 100. Die Frau kann zum Unterhalt nur verpflichtet werden, wenn sie Einkommen oder Vermögen hat. — W. S. 50. Gemeindefiskussteuern müssen Sie an beiden Orten zahlen; Staatsfiskussteuern können dagegen nur an einem Ort erhoben werden. — Spanbau G. 100. Sie haben die Unterhaltung zu Unrecht bezogen und sind daher zur Rückzahlung verpflichtet. Beantragen Sie jedoch, Sie von dieser Verpflichtung unter besonderer Berücksichtigung Ihrer Verhältnisse zu entbinden und Ihnen die Unterhaltung als Gegenunterstützung zu bewilligen. Bei Ablehnung müßten Sie sich an das Landratsamt wenden, nicht in das Ministerium. — Entlassung 16. Wir würden empfehlen, eine Beschwerde an das Kriegsministerium zu richten. — W. R. 37. Sie könnten sich mit einem Gesuch unter Darlegung der tatsächlichen Verhältnisse an die Armendeputation des Magistrats, Berlin, Rathaus, wenden. — Knobelsdorf. Der Betreffende muß den Gutbesitzer unter Angabe des entstandenen Schadens zur Schadenersatzleistung durch Einschreibebrief auffordern, eventuell muß er Klage beim zuständigen Gericht erheben. — W. R. 712. Die Kündigung des Beamten der Versicherungsanstalt ist in beiden Fällen richtig. — W. W. 7. 1. und 2. Ja. — Militärzeichen. Dienstunabhängig; bezahmt. — W. B. 16. Sie sind zum Ertrag der Sache verpflichtet. — W. 73. Die Entlassung der älteren Jahrgänge von der Front soll erfolgen, soweit die Mannschaften abkömmlich sind. Das wird bei dem Truppenteil, bei dem Ihr Mann sich befindet, wohl gegenwärtig nicht zutreffen. — W. 3. Da Sie erst im Januar 1914 aus der Landesliste ausgesereten sind, müssen Sie noch Kirchensteuer für die Kalenderjahre 1914 und 1915 zahlen. — S. S. 1. 1. Sie brauchen die Veranlagung nicht zurückzuführen. Wenn Ihr Mann noch eingezogen ist, läuft die Frist nicht, d. h. Reklamation ist nicht nötig. Gemeindefiskussteuern können übrigens erhoben werden, wenn Sie ein steuerpflichtiges Einkommen haben. Staatsfiskussteuern werden von Kriegsteilnehmern nur erhoben, wenn ein Einkommen von 3000 M. und mehr vorhanden ist. — R. G. 269. 1. und 2. Rein.

Bilanz

der Möbelfabrik „Osten“

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung vom 31. Dezember 1915.

Aktiva.	
Kassa-Konto	76,23 M.
Bank-Konto	600,—
Debitoren-Konto	5 878,20
Kreditoren-Konto	9 791,—
Rücklagen- und Verzug-Konto	2 000,—
	15 345,43 M.

Passiva.	
Kreditoren-Konto	5 414,85 M.
Anteil-Konto	213,50
Darlehens-Konto	11 336,50
Reserve-Konto	125,—
Gewinn- und Verlust-Konto	1 256,08
	15 345,43 M.

Im Laufe des Geschäftsjahres ist kein Genosse eingetreten, auch keiner ausgetreten. Es verbleiben mithin am Schluß des Geschäftsjahres 7 Genossen. Der Gesamtbetrag der Haftsumme aller Genossen beträgt 218,50 M. und hat sich derselbe nicht vermehrt, auch nicht vermindert. Julius Schwill, Halle Kallefen.

Reuters Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Steppdecken

Spezialhaus

Emil Lefevre

Berlin Oranienstr. 158

einfarbig und bunt 4⁰⁵—6⁷⁵

Similseide, alle Farb. 5.85—18.75

Sommer-Schlafdecken 2⁰⁰ 2⁵⁰ 3⁷⁵

Schnitterdecken

. 3⁰⁰ 3⁵⁰ 3⁷⁵

2 Meter lang

Zigaretten

mit Gold- und ohne Mundstück
2^{1/2} Pf. 1000 Stk. 12,50 11,50
3^{1/2} „ „ „ 17,50
4 „ „ „ 25,—
5 „ Handarb. 1000 Stk. 28,00
L. Liebermann, Berlin N. 39,
Ochsenstr. 86, Fabrikgeb. 11r.

Für's Freie

empfehlen wir Ihnen leichte, anmutige

Sommerkleider

von denen wir einige hier zeigen und von denen Sie große Auswahl in allen erdenklichen Formen und in jeder Preislage bei uns finden



Sehr geschmackvoll gemustertes Kleid aus Schleierstoff. Entzückender, sehr eigenartiger weißer Kragen. Genau wie Zeichnung nur 39⁷⁵

Festes leichtes Kleid „Lagerform“ in verschiedenen bunten Sommerstoffen und Farben. Neuartiger weiler Rock wie Zeichnung einschließl. Bluse nur 34⁵⁰

Ruffell-Kleid jugendliche Form, in guter Ware, mit hoher Seidenschleife und hübsch gezogenem Kleider, wie Zeichnung in verschiedenen Farben... nur 26⁰⁰

C&A
BRENNINKMEYER G.M.B.H.

Sonntags geschlossen

Rönigstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestraße 113
Beim Stettiner Bahnhof